

ONLINE-MATERIAL

ZUR STUDIE «PORTIONIERTER ARMUT, BLACKBOX REICHTUM. DIE ANGST DES JOURNALISMUS VOR DER SOZIALEN KLUFT»
VON HANS-JÜRGEN ARLT UND WOLFGANG STORZ

GESAMT-ANALYSE SZ VON SVEN OSTERBERG

1 BESTANDSAUFNAHME GESELLSCHAFT

1.1 Private Armut (Lohn, Sozialtransfer, Arbeit/Arbeitslosigkeit)

Der Kurzkomentar «**Arme Frauen**» (28.3.2012) beschäftigt sich mit der möglichen Altersarmut für Frauen: «Millionen Frauen haben einen 400-Euro-Job.» Freiwillig und unfreiwillig, meint der Autor. Berechnungen der Bundesregierung zeigten nun: «Der Minijob droht für sie eine Brücke zur Altersarmut zu werden.» Man dürfe die Lage nicht dramatisieren, da viele im Alter einen Partner haben werden oder weitere Einkünfte. «Trotzdem könnten schon 2025 zehn statt wie bisher gut zwei Prozent der Rentner so arm sein, dass sie staatliche Hilfe benötigen. Und das werden vor allem Frauen sein. Dazu trägt das sinkende Rentenniveau bei, aber eben auch Mini- und Teilzeitjobs, mit denen sich keine ausreichenden Ansprüche auf Altersgeld erwerben lassen.» Der Autor sieht drei Maßnahmen: Die Arbeitgeber müssten «stärker als bisher die Potenziale von Frauen entdecken». Es müsse mehr Geld für eine qualifizierte Kinderbetreuung geben und die Regierung müsse aufhören, «400-Euro-Jobs so wie bisher zu privilegieren. Das wäre das beste Programm gegen die weibliche Altersarmut.»

Der Kurzkomentar «**Wenn die Kinder hertzen gehen**» (26.1.2012) beschäftigt sich mit der Entwicklung der Kinderarmut: «Die Kinderarmut nimmt zumindest langsam ab. Die sinkenden Zahlen der Kinder in Hartz-IV-Haushalten bestätigen, was bereits Mai 2011 Schlagzeilen machte: Verglichen mit anderen Industrienationen sind in der Bundesrepublik unterdurchschnittlich wenig Kinder arm. Am Hauptproblem hat sich jedoch nur wenig geändert: Armut wird nach wie vor in zu vielen Familien weitervererbt.» Zu den Gründen führt der Kommentar aus: «Das Risiko arm zu werden, ist für Arbeitslose und für Eltern mit (vielen) Kindern besonders hoch. Da die Zahl der Erwerbslosen gefallen ist, sinkt die Zahl der Kinder in Hartz IV.» Es gebe jedoch zunehmend bestimmte Gebiete und Großstadt-Viertel, die werden «mehr und mehr zum Sammelbecken von sozial schwachen Haushalten, die kaum Chancen haben, aus dem Hartz-IV-Milieu herauszukommen». Vor allem mangle es an Krippenplätzen, so dass auch Alleinerziehende arbeiten gehen könnten.

In dem Kurzkomentar «**Das deutsche Problem mit den Kindern**» (4.8.2011) wird das Thema der Kinderarmut behandelt. Zum Einstieg wird kurz die Frage der richtigen Berechnungsgrundlage und damit der eigentlichen Größe des Problems angesprochen. Der Schluss: Auf jeden Fall lebten «viel zu viele» Kinder in Hartz-IV-Familien. Der weitere Gedankengang: Deutschland fördere mit vielen Milliarden die Familien, was wenig wirke. Öffentliche Betreuungsangeboten seien sinnvoller, so dass auch mehr Mütter erwerbstätig sein könnten und damit der Armut entrinnen. Wenn Deutschland mehr in Krippen und Kitas investiere, «wird es auch mehr Nachwuchs und weniger arme Kinder geben».

In dem Leitartikel «**Risiko Altersarmut**» (11.7.2011) wird die These vertreten: Es gebe einen Muster-Bürger, der 45 Jahre lang gearbeitet, Beiträge bezahlt und etwa 2 500 Euro verdient

habe. «Der vorbildliche Zeitgenosse hat es so im Westen der Republik auf eine monatliche Rente von 1236 Euro gebracht. Das ist nicht übermäßig viel. Aber hat dieser Ruheständler wie viele andere Rentner Einnahmen aus einer Lebensversicherung, eine zusätzliche Betriebsrente oder eigene vier Wände, lässt sich damit gut leben. In 20, 30 Jahren jedoch werden Millionen Deutsche von solch einem finanziell sorgenfreien Ruhestand nur träumen können.» Denn er verkörpere einen Arbeitsmarkt, «den es so nicht mehr gibt». Der Ausblick: «Ganz anders wird die Rentner-Republik Deutschland im Jahr 2030 aussehen. Ohne Reformen wird das staatliche Altersgeld für viele Menschen, die Lücken in ihrer Erwerbsbiographie haben, eine Art Hungerlohn.» Das betreffe vor allem die Dauerarbeitslosen, die wachsende Zahl der Solo-Selbständigen und die Niedrig-Löhner.

Der Text drückt Skepsis aus: «Jede Regierung, die das alles ändern will, hat es schwer. Jeder Eingriff wird Proteste auslösen und viel Steuergeld kosten.» Die vorgeschlagenen Maßnahmen: Mindestlohn, Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner, Mindestrente. Im Ausland sei dies Wirklichkeit: «Wer wenig verdient, hat in Frankreich oder den Niederlanden höhere Rentenansprüche als in Deutschland.» Und: «Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP angekündigt, etwas gegen die drohende Altersarmut zu unternehmen. Getan hat die Regierung zwei Jahre lang nichts.» Der Leitartikler warnt die Politik dann vor dem «Wut-Rentner».

In dem Kurzkomentar «**Rente mit 69? Kein Grund zur Angst . . . (19.5.2011)**» wird die Angst vieler Menschen vor einem späteren Renteneintritt behandelt: Sie fänden so lange keine Arbeit oder könnten nicht so lange arbeiten und hätten dann nicht ausreichend Geld im Alter. Der Kommentar bezieht sich auf die Empfehlung des Sachverständigenrates, eventuell müssten die Beschäftigten bis 69 Jahre arbeiten. Er beruhigt: Das sei sehr weit voraus gedacht. Erst gehe es um die Rente mit `67. Da müsse Politik und Arbeitgebern erst einiges einfallen, um beispielsweise Schwerarbeitern zu helfen, diese Hürde zu nehmen, beispielsweise mit gleitenden Übergängen. Alle müssten umdenken, beispielsweise im Sinne eines lebenslangen Lernens, davon sei Deutschland »noch weit entfernt«.

Der Kurzkomentar «**In der unvollkommenen Welt» (4.1.2011)**» wird differenziert festgestellt: Es gebe im Jahr 2010 mehr Erwerbstätige denn je. Jedoch: Die Zahl der Vollzeitstellen sei leicht gesunken, die Teilzeitstellen und die prekären Jobs stark gestiegen. Als «Zeichen der Zeit» müsse man dies eben akzeptieren und sich «mit der Schaffung fairer Rahmenbedingungen» begnügen.

Der Text «**Staatlich erwünschte Armut» (17.11.2010)**» beschäftigt sich mit der Erkenntnis, dass mit dem Karlsruher Urteil zu den Hartz-IV-Sätzen auch die Leistungen für die Flüchtlinge verfassungswidrig niedrig seien. Es gehe um «eine Generalüberholung der Asylleistungsgesetze». Es gehe um höhere Sätze, die Arbeitserlaubnis für arbeitsfähige Flüchtlinge und die Unterstützung für arbeitsunfähige Flüchtlingen. «Manchmal kostet Humanität eben Geld.»

Der Leitartikel «**Die Not der neuen Mütter» (24. 4. 2010)**» beschäftigt sich intensiv mit der sozialen Lage alleinerziehender Mütter: «Heute leben 1,6 Millionen Alleinerziehende in Deutschland, 90 Prozent von ihnen sind Frauen.» Unter ihnen seien etwa 600 000 Hartz IV-Empfängerinnen, jedoch sei ein solches Leben «nicht zwangsläufig ein Opfergang». Denn der Schritt dazu sei oft bewusst gefasst. Es gebe jedoch schleichend ein Rollback hin zu Sicherheit und Ehe oder Karriere ohne Kinder. Der Kern des Problems sei deshalb nicht die alleinerziehende Mutter, sondern die geringverdienenden oder gering qualifizierten Frauen, die «eben auch Kinder zu versorgen haben. Das reale, das ungelöste Drama ist jenes der mühsamen Existenzsicherung in einer familienfeindlichen Arbeitswelt ...». Es gebe einen Streit, ob diese Frauen «ob diese Frauen tatsächlich einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt sind und besonders viel Hilfe brauchen. Vertreter der These, dass hier ein moderner Heldinnenmythos geschaffen wird, argumentieren, de facto sei oft Bequemlichkeit die Ursache finanzieller Not; viele Alleinerziehende verschwiegen ihre Lebensgefährten, um Stütze zu bekommen, viele zögen ein Leben daheim dem Stress eines langen Arbeitstages vor ...». Momentan seien etwa die Hälfte der 600 000 Mütter arbeitssuchend gemeldet. Auf die selbstgestellte Frage, warum ihr Anteil an den Arbeitslosen zunehme und warum etwa eine Million Kinder in Armut aufwüchsen, antwortet die Autorin, das liege auch an den Vätern. Es gebe in Deutschland «mehr als eine halbe Million säumige Unterhaltszahler»; der Staat springe

jährlich mit einer Milliarde Euro ein. Entscheidender sei jedoch der Arbeitsmarkt, der Frauen, vor allem Mütter «strukturell benachteiligt ...». Aufgrund der Erziehungsarbeit sei diesen Frauen viele gute Jobs verwehrt, sie müssten auf die schlecht-bezahlten, befristeten ausweichen. «Weil immer stärker dereguliert und flexibilisiert wird, weil Mobilität erwartet und Krankheit bestraft wird, können selbst flexible, gut organisierte, einsatzwillige Mütter oft nicht mithalten.» Ihre Probleme würden zwar stärker wahrgenommen, aber: «Das Kernproblem aber bleiben Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Löhne.»

Der Kommentar **«Zwischen Niedriglöhnern und Altersarmut» (30.11.2009)** erinnert anlässlich des personellen Wechsels im Arbeitsministerium an die langfristigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt: der hohe Anteil von Niedriglöhnern, die Folgen von Niedriglöhnen für Sozialkassen und Rentenversicherung, drohende Altersarmut. «Im Koalitionsvertrag gibt es keine Lösungsvorschläge. Von der Leyen sollte sich schnell daranmachen.»

Der Leitartikel **«Hartz, aber fair» (20.10.2009)** beschäftigt sich dem einst großen gegebenen Versprechen, es werde alles getan, damit die Kinder es besser haben werden. Dieses Versprechen sei nicht mehr selbstverständlich. Die Mehrheit der Kinder wachse zwar in wohlhabenden oder ausreichenden Verhältnissen auf. Es gebe jedoch «eine viel zu große Minderheit», für die das nicht gelte. Die Folge: unzureichende Bildung, keine Ausbildung, keine oder schlechte Arbeit. Wissenschaftler nannten das «soziale Vererbung». Die offenkundige Kinderarmut dokumentiere ebenso wie das Karlsruher Urteil «das Versagen der Politik». Zu den Ursachen sagt der Text: «Andere Industrienationen haben diese Schwierigkeiten ebenfalls; sie entstehen, weil der klassische Sozialstaat auf moderne Risiken nicht reagiert: Partnerschaften sind nicht mehr so stabil wie früher, weshalb die Zahl der Alleinerziehenden steigt. Sie haben schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, und mit ihren Kindern gehören sie zur typischen Kundschaft der Sozialämter.» Und für die Jüngeren sei der Arbeitsmarkt «riskanter geworden»: befristete und gering bezahlte Arbeit. Es bedürfe deshalb, «damit die Kinder von heute nicht die Armen von morgen sind», einer «ökonomisch wie psychologisch kluge(n) Politik»: Ausbau der Kitas, «denn die beste Versicherung gegen Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit der Mütter»; eine «moderate Erhöhung des Hartz-IV-Satzes». Davon ginge auch das Signal aus, dass diese Familien und Kinder dazu gehören: «... dieses Land blickt nicht bloß auf seine wohlhabenden Eltern, die von den Kinderfreibeträgen profitieren». Der Schluss: «Nur solche Signale helfen den Kindern, den einen, wichtigen Glauben zu entwickeln: dass es ihnen eines Tages besser gehen wird.»

Der Text **«In der Armut gefangen» (17.9.2008)** beschäftigt sich mit dem neu erschienenen «Armutsbericht» der Bundesregierung, der die Lage teilweise verharmlose, teilweise schlimmer darstelle als sie sei. Letzteres sei der entscheidende Punkt: Denn die Zahlen seien aus dem Jahr 2005, dem Jahr «mit der höchsten Arbeitslosigkeit». Neue Zahlen des DIW zeigten, dass bereits im Jahr 2006 «einer Million Menschen der Sprung aus der Armut» gelungen sei. Trotzdem dürfe man die Lage nicht beschönigen, gelinge es doch zunehmend mehr Menschen über eine längere Zeit nicht, «sich aus der Armut zu befreien». Eine der Ursachen: «Unsichere Jobs oder niedrige Löhne sind oft der Anfang des Wegs in die Armut.»

Der Text **«Arm oder nicht arm» (9.7.2008)** beschäftigt sich intensiv mit der Glaubwürdigkeit der offiziellen Armuts-Berechnungen. Das Ergebnis: «Den Bundesbürgern geht es besser, als ihnen weisgemacht wird.» Der aktuelle Anlass ist der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, aus dem Arbeitsminister Olaf Scholz folgert, jeder vierte Bundesbürger sei von Armut bedroht. Das Statistische Bundesamt sage jedoch, «nur jeder Achte» sei armutsgefährdet. Das Bundesamt folge der EU-Definition, «wonach hierzulande 13 Prozent der Menschen von Armut bedroht sind, weil sie als Alleinlebende weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdienen». Scholz zähle noch weitere 13 Prozent hinzu, die diese Grenze nur aufgrund von zusätzlichen Sozialleistungen überwinden. In dem Text wird betont, dass es immer um «relative Armut» gehe. So gelte in Deutschland als armutsgefährdet, wer als Alleinstehender weniger als 781 Euro im Monat netto verdiene. In Lettland sei diese Summe viel niedriger, in Luxemburg viel höher. Wer die Zahlen genauer anschauere, stelle fest, «dass Deutschland so arm nicht ist».

Der Leitartikel **«Armes Deutschland» (20.5.2008)** hat den Armutsbericht der Bundesregierung zum Anlass und konstatiert zu Beginn: «Deutschland ist ein reiches Land; und trotzdem gibt es viel Armut in Deutschland – auch wenn es stimmt, dass die deutschen Armen Krösusse wären in Kalkutta, Lagos, Khartum und Dhaka. Die deutschen Armen sind relativ arm.» Sie lebten jedoch am Rande der Gesellschaft. Und bitter für diese Millionen sei: Weil ihre Armut relativ sei, haben sie «die Anerkennung ihrer Bedürftigkeit verloren. Deshalb konnte das soziale Netz als Hängematte diskreditiert werden. Deshalb konnte so getan werden, als seien Langzeitarbeitslose an ihrer Situation überwiegend selbst schuld». Der Bericht der Bundesregierung stelle auch fest: «Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander... .» Das gefährde den «inneren Zusammenhalt der Gesellschaft». Der Autor macht auch auf Verschiebungen nach unten aufmerksam: «Während im Jahr 2005 noch diejenigen als arm galten, die weniger als 938 Euro netto im Monat zur Verfügung hatten, beginnt die Armut heute erst unter 781 Euro. Das liegt daran, dass das Durchschnittseinkommen gesunken ist, welches der Berechnung von Armut europaweit als Richtmaß zugrunde gelegt wird.» Der Autor verweist auf Grundsätze, die dazu anhalten, wie an diesen armen Leben etwas geändert werden könne. «Dazu finden sich im Grundgesetz und in den Landesverfassungen Richtsätze: <Eigentum verpflichtet> steht im Grundgesetz, und <sein Gebrauch (soll) zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen>. Es ist schön, dass man das wieder zitieren darf, ohne für einen Kommunisten gehalten zu werden. Die hessische Verfassung formuliert einen guten Besteuerungsgrundsatz: <Vermögen und Einkommen werden progressiv nach sozialen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der familiären Lasten besteuert.>». Weiter: «In der Bayerischen Verfassung heißt es, dass <arbeitsloses Einkommen ... mit Sondersteuern belegt> wird und dass die Erbschaftssteuer <auch dem Zweck dient, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.>» Der Autor stellt dann fest: «Der Armuts- und Reichtumsbericht ist ein Bericht zur Lage der Demokratie – weil eine Demokratie, in der immer mehr Menschen am gesellschaftlichen Rand leben, nicht gut funktionieren kann.» Seine Anforderung an die Politik: «Eine gute Sozialpolitik erschöpft sich nicht in der Fürsorge für die Armen, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen für deren Armut.»

1.2 Privater Reichtum (Einkommen/Vermögen)

Der Text **«Mathe mit Dieter Hundt» (17.10.2012)** beschäftigt sich kritisch mit den Forderungen der Arbeitgeber, der Staat solle seine Schulden abbauen, aber die Steuern nicht erhöhen. Der Autor fragt: «Wie kann der Staat Defizite abbauen, wenn er die Einnahmen nicht erhöhen soll?» Dann müsse er wohl die Ausgaben senken. Dafür hätten die Arbeitgeber jedoch keine Vorschläge gemacht. Sie seien zudem der Meinung: «Gegen Altersarmut helfe nur Arbeit und Eigenvorsorge. Zugleich hat er das System der Niedriglöhne verteidigt, dem Millionen von Arbeitnehmern ausgeliefert sind – Arbeitnehmer also, die sich Eigenvorsorge kaum leisten können. Hundt hätte seine Rede auch in zwei Sätze fassen können: 1. Es gibt in Deutschland viel zu tun. 2. Aber bitte, bitte verschont uns Arbeitgeber damit.»

Der Text **«Falscher Idealismus» (14.12.2012)** kritisiert das Verhalten von SPD und Grüne, die das Steuerabkommen mit der Schweiz scheitern ließen. Da Steuerhinterziehung nach zehn Jahren verjähre, verliere der deutsche Staat Geld. «Die simple Frage lautet: Ist das wirklich gerechter als eine-unbestritten unvollkommene – Besteuerung, wie sie das Abkommen vorsah?» Beide Parteien hätten im Jahr 2003 Steuersündern eine noch schlechtere Regelung angeboten: «eine Amnestie, Geldwäsche inklusive». Die Frage bleibe, ob Rot-Grün ein besseres Abkommen erreichen könnten. «Bis es soweit ist, muss jede Klage einer Landesregierung über mangelnde Kita-Plätze, kaputte Schulen oder zu wenig Lehrer die Gegenfrage provozieren, warum diese Regierung vorhandenes Geld in der Schweiz liegen lässt, aber fehlendes Geld beim Steuerzahler holt. Der Ehrliche ist der Dumme. Aber klüger geworden ist er durch die rot-grüne Blockade nicht.»

Der Text **«Spatz jetzt, Taube später» (1.10.2012)** beschäftigt sich mit der Debatte in der Schweiz, wo das Steuerabkommen ebenfalls umstritten sei. «Doch Deutschland würde ein Scheitern der Übereinkunft härter treffen als die Schweiz.» Denn das Abkommen bringe geschätzt zwischen drei und zehn Milliarden Euro. Das bringe also mehr als der Ankauf von

Steuer-CDs und die damit zusammenhängenden Selbstanzeigen. So sei der Widerstand der SPD «eher ideologisch als pragmatisch». Das Problem sei: «Steuervergehen verjähren nach zehn Jahren, und der größte Teil vermeintlicher Schwarzgelder liegt schon lange auf Schweizer Konten.» Bis weitergehende internationale Regelungen greifen würden, «stellt das Steuerabkommen eine zuverlässig sprudelnde Geldquelle dar. Es ist der Spatz in der Hand. Aber der ist nicht zu verachten. Schon gar nicht, wenn man weiß, dass einem die Taube auf dem Dach auch noch ins Netz gehen wird.»

Der Text «**Zu viele Schlupflöcher**» (16.8.2012) lobt die Entscheidung der SPD, das Steuerabkommen mit der Schweiz abzulehnen: «Das ist gut so und kein Fall politischen Landesverrats, wie Union und FDP suggerieren möchten.» Denn: «Dieser Vertrag bietet Kriminellen (und dazu zählen Steuerhinterzieher) zu viele Schlupflöcher. Die Übereinkunft bleibt deutlich hinter den Absprachen zurück, die die in Steuerfragen äußerst peniblen und deshalb brachialen USA mit der Schweiz erreichten.»

Der Text «**Sie werten nur aus**» (9.8.2012) rechtfertigt den Ankauf weiterer Steuer-CDs vor dem Hintergrund, dass das vorliegende Steuerabkommen mit der Schweiz zurecht von der SPD als mangelhaft und ungerecht kritisiert werde und offen sei, ob es zustande komme. Aber auch wenn es das Abkommen geben werde, mache der Ankauf Sinn: «Wenn Fahnder ihnen angebotene Scheiben kaufen, werden sie nicht von sich aus aktiv, sondern werten nur aus. Und Auswerten muss erlaubt bleiben.»

Der Text «**Zeit für Gerechtigkeit**» (21.7.2012) konstatiert: «Der Ankauf von CDs ist ein wirksames Werkzeug, um Steuerhinterziehern auf die Spur zu kommen. Rechtsstaatlich ist der Erwerb von womöglich illegal beschafften Daten zwar nicht schön, doch der Steuerbetrug allemal das schlimmere Delikt.» Es helfe bei diesem Thema offenbar nur solcher Druck. «Weder gut gemeinte Gesetze noch Amnestien und schon gar nicht Appelle richteten viel aus.» Und anders als manche konservativen Kommentatoren suggerierten, «haben die neuen Erfolge beim Steuereintreiben nichts mit Sozialneid oder Klassenkampf zu tun. Es geht um Gerechtigkeit, und die ist in diesem Fall keine Geschmacksfrage». Und: «Die Globalisierung fordert dem normalen Arbeitnehmer viel ab: stagnierende Löhne, Verdichtung der Arbeit, häufigere Jobwechsel, unsichere Arbeitsverhältnisse. Wenn die Menschen dann noch das Gefühl haben, es geht ungerecht zu, wird ihre Zuversicht gebrochen und ihre Energie.»

Deshalb: «Zahlreiche deutsche Handwerker, Ärzte und Erben bunkern seit Jahren bis zu 100 Milliarden Euro Schwarzgeld in der Schweiz – ein Schlag ins Gesicht jener, die Steuern zahlen. Deshalb ist es höchste politische Pflicht, diese Entwicklung zu stoppen.» Der vorliegende Entwurf des Abkommens sei zu mangelhaft, um akzeptiert werden zu können. «Die SPD sollte hart bleiben und weitere Nachbesserungen erreichen – der Gerechtigkeit halber.» Die SPD habe jedoch auch bereits Fehler gemacht, beispielsweise mit der zu niedrigen Abgeltungsteuer, mit der sie Kapitalflüchtlinge bewegen wollte, ihr Geld nach Hause zu holen. «Das passt nicht. Die Euro-Krise wird den Deutschen einige Opfer abverlangen. Es wird höchste Zeit, jene Vermögenden ausreichend an den Lasten zu beteiligen, die sie am ehesten tragen können – und vom selbstzerstörerischen Boom vor der Finanzkrise am meisten profitierten.»

Der Text «**Goldfinger**» (17.7.2012) beschäftigt sich mit der Wirkung der Steuer-CDs: «Die CDs entlarven Finanzstraftäter, die den Staat um Milliarden prellen, sich aber verharmlosend <Steuersünder> titulieren lassen wollen. Ein rechtsstaatlich sauberes Instrument sind die angekauften CDs nicht: Der Staat stützt sich auf kleine kriminelle Geschäftemacher, die ihm diese Datenträger verkaufen – um damit dann großen kriminellen Geschäftemachern auf die Spur zu kommen. Es wäre gut, wenn der Staat auf bessere und saubere Weise an die Daten kommen könnte, etwa mittels deutschschweizerischer Verträge.» Aber der vorliegende Entwurf sei zu dürrig.

Der Text «**Schäubles durchsichtiges Kalkül**» (30.4.2012) beschäftigt sich mit den Versuchen der Bundesregierung, die SPD-Länder dazu zu gewinnen, dem Steuerabkommen mit der Schweiz zuzustimmen. «Die Kritik, die SPD und Grüne gegen das von Wolfgang Schäuble mehr schlecht als recht ausgehandelte Abkommen vorbringen, ist berechtigt: Deutsche, die ihr Geld am Fiskus vorbei in die Schweiz geschafft haben, entgehen der Strafe, bleiben auch in

Zukunft anonym und müssen nur vergleichsweise geringe Summen an Steuern nachzahlen.» Aber der Erhalt des Status Quo sei auch unbefriedigend, «denn auch die Schweizer Regierung hat es daheim mit einer kritischen Öffentlichkeit zu tun, die viel weitergehende Zugeständnisse an Deutschland nicht zulassen wird». Zudem müssten die Länder erst einmal auf Einnahmen verzichten. «Kein Zustand ist so schlecht und so ungerecht wie der gegenwärtige – er sollte also nicht verlängert werden. Auch diese Erkenntnis wird in die Entscheidungsfindung einfließen.»

Der Text **«Ein Hauch von Griechenland» (18.1.2012)** verweist auf die harte Kritik aus Deutschland beispielsweise an der Steuermoral in Griechenland. Im Vergleich sei es in Deutschland anders, aber: «Gemessen daran, wie es sein sollte, sieht aber auch die Bilanz des deutschen Fiskus miserabel aus.» Es werde oft nur schlampig geprüft, es gebe kein zusätzliches Personal, das Steuerrecht habe oft zu komplexe Regelungen. Das sei mehr als ärgerlich, denn: «Steuermoral speist sich vor allem aus der allgemein empfundenen Gewissheit von Gerechtigkeit und Gleichbehandlung. Werden Steuererklärungen aber nicht vernünftig bearbeitet, wird die eine streng, die andere aber gar nicht geprüft, dann verliert diese Gewissheit ihr Fundament. Sie verkommt zu einer Kultur der Steuerhinterziehung und mündet in Ruchlosigkeit. Wer immer in den vergangenen Monaten munter über Steuererhöhungen schwadroniert hat, sollte sich besser erst mal darum kümmern, dass der Staat diejenigen Beträge vernünftig eintreibt, die ihm nach den derzeitigen Sätzen zustehen.»

Der Text **«Das Quaken der Frösche» (2.8.2011)** beschäftigt sich mit dem Steuerabkommen mit der Schweiz und fragt sich, wie das Geld von Steuersündern eingetrieben werden könnte: «Seit Jahrzehnten versuchen die Waigels, Steinbrücks und Schäubles, die Deutschen zur Ehrlichkeit zu erziehen. Doch noch immer lagern bis zu 200 Milliarden Euro in der Schweiz und anderen Finanzoasen.» Vieles sei versucht worden, die Wirkung sei gering gewesen. «Unehrllichkeit, so kalkulieren offenbar zahlreiche Deutsche, zahlt sich immer noch mehr aus als Legalität – und das, obwohl Steuerhinterzieher bei hohen Summen Gefängnis droht.» Bei dem Abkommen müsse jedoch beachtet werden: «Wenn Steuersünder zu billig wegkommen, entsteht großer Schaden fürs ganze Land. Wer in Deutschland zu den Normalverdienern gehört, wird vom Staat ganz schön in Anspruch genommen. Ein solches Steuersystem funktioniert nur, wenn die Bürger das Gefühl haben, dass es halbwegs gerecht zugeht – und die notwendigen Aufgaben des Staates einigermaßen gleich finanziert werden.» Deshalb: «Diesen Gerechtigkeitstest muss ein Abkommen mit der Schweiz bestehen.» Bisher sei das noch nicht der Fall. So sei beispielsweise die vorgesehene Strafe von 30 Prozent auf das entzogene Vermögen bei denen eine zu geringe Strafe, die dieses Vermögen bereits vor zehn oder 20 Jahren in die Schweiz gebracht hätten. «Fasst sie (die Bundesregierung, at/sto) Steuersünder zu milde an, fühlen sich ehrliche Bürger verschaukelt – und suchen selbst nach Wegen, den Staat zu hintergehen.» Die Politik müsse jetzt die Chance nutzen: «Der Ankauf von Bankdaten etlicher Steuersünder und der internationale Druck auf Finanzoasen haben ein Klima geschaffen, in dem sich Hinterzieher und ihre Helfershelfer in den Banken unsicher fühlen. Das muss die Bundesregierung nutzen, um scharfe Regeln durchzusetzen und den Sumpf trockenzulegen. Nicht interessieren darf dabei das Quaken der Frösche, selbst wenn diese Schweizer Maßanzüge tragen.»

Der Text **«Keine falsche Rücksicht» (21.2.2011)** plädiert für mehr Härte gegenüber Steuerflüchtlingen. «Die Summen sind gewaltig. 200 Milliarden Euro sollen Deutsche in Steueroasen gebunkert haben, in der Schweiz und anderswo. Vielleicht sind es weniger, vielleicht mehr. Eines ist klar: Weil zahlreiche Gutverdiener ihre Kapitalerträge nicht versteuern, entgehen dem Staat Milliarden. Geld, das er für Bildung ausgeben könnte, für Alleinerziehende oder den Abbau von Schulden.» Es stelle sich die Frage: Wie weit dürfe der Staat gehen. «Sind Steuerhinterzieher ehrbare Bürger, die ein wenig lax mit Gesetzen umgehen – oder einfach Kriminelle?» Da auf dieses Delikt bis zu 10 Jahren Strafe stehe, sei die Antwort klar. Jedoch endeten viele Verfahren ohne Strafe, weil es das Instrument der Selbstanzeige gebe. Dieses werde aus einem einfachen Grund nicht abgeschafft: «Verbunden mit der Angst vor Entdeckung ist die Selbstanzeige das effektivste Mittel, an das gebunkerte Geld zu kommen.» Eine gewisse Verschärfung gebe es inzwischen, da derjenige, der sich anzeige, dann alle Konten und alle Gelder offenlegen müsse, und nicht nur den Teil und die

Konten, über die die Steuerfahnder bereits Bescheid wissen. Mit dieser Position bleibe die Bundesregierung jedoch zu früh stehen, meint der Autor. Diejenigen, die bereits eine Selbstanzeige gemacht haben, für die müsse diese Verschärfung auch gelten. Und die Steuersünder müssten «einen Strafzuschlag von fünf oder zehn Prozent zahlen, damit sich ihr Tun nicht lohnt».

Der Text **«Ohne Reue» (25.1.2011)** beschäftigt sich mit dem Umgang mit Steuerflüchtligen. Er rekapituliert erst das Argument von Finanzminister Steinbrück, der die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge auch deshalb so niedrig ansetzte, damit sie keinen Grund für Steuerflucht biete. «Man kann das Pragmatismus nennen, treffender allerdings wäre wohl der Begriff Kapitulation.» Denn tatsächlich helfe ein solches Verhalten wenig. «Das Auftauchen mehrerer Steuer-CDs hat gezeigt, was Schwarzgeldbesitzer tatsächlich zu mehr Ehrlichkeit animiert: Angst vor der Enttarnung. Statt den Steuerhinterziehern also noch hinterherzulaufen, sollten Bund und Länder den Fahndungsdruck weiter erhöhen – und die Abgeltungssteuer wieder abschaffen: Von Steinbrücks lockerem Spruch einmal abgesehen nämlich hat noch keiner so recht begründen können, warum der Staat den Arbeitnehmern dieses Landes mehr vom Lohn abknöpft als den Kapitaleigentümern von ihren Zinserträgen.»

Der Text **«Der Millionen-Paragraph» (16.12.2010)** stellt positiv fest: «Der Fall zeigt: Das kleine Land ist keine Festung mehr für die vom Fiskus Verfolgten, die ehrbaren und die anderen; und selbst die eigenen Leute sind nicht mehr sakrosankt. In Deutschland ist Steuerhinterziehung ein strafbares Vergehen; in Liechtenstein nicht. Deshalb gab es in dem Zwergstaat Überlegungen, von Deutschland eine Art Amnestie für liechtensteinische Gehilfen zu verlangen, wenn Vaduz künftig deutschen Behörden Informationen in Steuerstrafsachen geben solle. Die Amnestie ist vom Tisch.»

Der Text **«Die Schildknappen der Steuerhinterzieher» (15.7.2010)** beschäftigt sich vor allem mit der Rolle der Schweiz, die «fein zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug» unterscheide: «Länder wie die Schweiz haben jahrelang davon gelebt, dass sie reichen Leuten, die dem heimischen Fiskus nicht geben wollten, was des Fiskus ist, eine Art Geldexil verschafft haben.» Und: «Die jahrzehntelange Schwindelei funktioniert nicht mehr, weil Bankmitarbeiter heimlich Daten sammeln und als CD verkaufen. Es ist sehr unangenehm, dass sie Geld verlangen und auch bekommen, aber dürfen die Hinterzieher deswegen einfach so davonkommen?»

Der Text **«Der große Steuerbetrug» (17.2.2010)** beschäftigt sich mit dem Instrument der Amnestie für Steuerhinterzieher: «Vor gut fünf Jahren gab es die ganz große Steueramnestie, und unterm Strich muss man feststellen, dass sie erfolglos war. Obwohl das Gesetz, das merkwürdigerweise «Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit» genannt wurde, mit den Hinterziehern glimpflicher umging als mit den meisten ehrlichen Steuerzahler, wurde damals von der Amnestie kaum Gebrauch gemacht.» Warum also solle dieser Versuch wiederholt werden. Der Autor setzt sich dann mit einschlägigen Argumenten zugunsten von Steuerhinterziehern auseinander: «Gern wird beispielsweise darauf verwiesen, das Steuerrecht sei so furchtbar kompliziert. Deshalb sei es eine Art Notwehr, sich der Unbarmherzigkeit des deutschen Fiskus zu entziehen. Was für eine Verdrehung der Tatsachen: Nur wer viel Geld verdient, hat auch viele Möglichkeiten, seine Steuern zu mindern; der oft beschriebene Paragraphenschungel bietet dem Schlaunen legal jede Menge Schlupflöcher.»

Der Text **«Ein Land verlottert» (8.2.2010)** beschäftigt sich – in Verbindung mit den aktuellen Anlässen von Steuer-CD-Ankäufen – mit dem Thema der Steuerehrlichkeit und Steuerhinterziehung. Es habe den Anschein, «als seien die Sitten in diesem Land verlottert – und zwar gerade in jenen Kreisen, die sich als gesellschaftliche Elite verstehen». Es gebe tatsächlich «eine wachsende Bedenkenlosigkeit der Habenden. Indizien dafür sind die Gehälterexplosion im Topmanagement, die riskanten Geschäfte, das Abkoppeln von immer mehr Reichen vom gesellschaftlichen Alltag». Trotzdem gelte: «Steuerhinterziehung aber ist keine neue Erfindung. Das Wort «Kavaliersdelikt» in diesem Zusammenhang ist Jahrzehnte alt.» Neu seien die Digitalisierung, die es leichter mache, sich solche Daten zu verschaffen und beiseite zu schaffen, und «die Bedenkenlosigkeit des Staates, das angebotene digitale Wissen

zu nutzen». Über viele Entscheidungen debattiere die Politik lange, hier gehe es schnell. Und es gebe viele Befürworter: «Vielleicht, weil es ja nur um Reiche geht, die es nicht besser verdient haben?» Der Autor bezieht die Position: «Es geht um die Grundfesten des Staates. Auch wenn Steuerhinterziehung eine nicht zu entschuldigende Schuftigkeit ist und der Zugriff des Staates als Notwehr erklärbar, verlottern die Sitten doch auf beiden Seiten. Bürger machen schmutzige Geschäfte, Kriminelle verdienen daran, der Staat macht mit.» Der Autor verlangt eine Zäsur: «Gerade jetzt, inmitten der größten Wirtschaftskrise seit acht Jahrzehnten, ist daher ein Neuanfang notwendig. Das Land braucht eine neue Kultur des Anstandes. Das gilt für alle Bürger, denn Kleine betrügen den Fiskus nicht anders als Große, jeder nach seinen Möglichkeiten.» Da seien alle gefordert, besonders jene, «die Geld, Einfluss und Prominenz haben». Und die Banken: «Denn meist wirken Mitarbeiter der Geldinstitute mit, wenn Reiche in großem Stil Steuern hinterziehen; womöglich stiften manche Banker sogar dazu an.» Deshalb: «Wo ist das laute und mächtige Wort des Präsidenten des Weltbankenverbandes, von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, dass es für Steuersünder nie und nirgendwo Pardon geben dürfe? Stattdessen ducken sich die Banker schon wieder weg.» Die Banken schütteten auch in Deutschland bereits wieder Milliarden an ihre Aktionäre, teilweise an die Aktionäre, «die von den gigantischen Bankenrettungspaketen profitiert haben: Der Staat hat ihnen einen Teil ihres Vermögens gerettet, das sie ihrerseits seit Jahren an Steuer und Staat vorbeimogeln. Die Banken verweigern die Selbstreinigung».

Und: «Je länger die Banker den Kulturwechsel verweigern, desto stärker wird die Notwendigkeit, dass der Staat neue Regeln aufstellt. Die Banken müssen kontrolliert und an den Kosten der von ihnen verursachten Verwerfungen beteiligt werden. Es wird dringend Zeit, dass die Politiker auch handeln.»

Der Text **«Die zweite Schweizergarde» (1.2.2010)** beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz in Sachen Steuerhinterziehung/Steuerabkommen und der Frage des Ankaufs von illegal beschafften Steuerdaten durch den Staat. In dem Text wird das Verhalten der Schweizer Banken, die «Steuerkultur» der Schweiz und das Delikt der Steuerhinterziehung sehr scharf kritisiert. Unter anderem schreibt der Autor: «Die Schweizer Banken sind die zweite Schweizergarde; sie sind die Schutzmacht nicht des Staates, sondern der deutschen Steuerflüchtlinge.» Er argumentiert, mit Hilfe der Schweizer Banken entgehe dem deutschen Staat viel Geld, das fehle, um beispielsweise Schulen, Universitäten, aber auch Gefängnisse zu bauen. Weil die Schweizer Banken den deutschen Steuerhinterziehern hülfe, deshalb säßen jedoch in deutschen Gefängnissen «kaum Steuerräuber, obwohl das Steuergeld, das sie dem Staat vorenthalten haben, das X-Tausendfache der Vermögensschäden ausmacht, derentwegen Diebe und Betrüger eingesperrt sind».

In dem Text **«Arme Reiche» (27.8.2009)** wird argumentiert, dass sich auch Wohlhabende inzwischen Sorgen um ihre materielle Zukunft machen, beginne doch das «Nettoeinkommen reicher Menschen, ... statistisch bei immerhin 2 600 Euro». Jedoch: Viele geringfügig Beschäftigte seien armutsgefährdet, viele bräuchten einen Zweit- und Dritt-Job, um ihre Familien ernähren zu können. Die Reallöhne seien selbst in den Boomjahren gesunken. Der Kommentar endet: «Von der Genügsamkeit der Masse können die besorgten Reichen eine Menge lernen.»

Der Leitartikel **«Reich sind nur die anderen» (21.7.2009)** beschäftigt sich mit der Frage, wer wen als reich ansieht. Der Autor geht von der These aus: «Denn den Wohlhabenden dieses Landes ist in den letzten Jahrzehnten vielfach das Gefühl für die eigenen finanziellen Verhältnisse abhanden gekommen. Die Bundesrepublik ist ein reiches Land, in dem sich kaum jemand reich fühlt.» Es gebe meist nur Klagen, wie hoch die Sozialabgaben, die Erbschaftssteuer und andere Abgaben und Steuern seien. Es werde vergessen, was der Staat dafür leiste, und es werde vergessen, diese Zahlungen in ein Verhältnis zu den persönlichen Gesamteinnahmen und dem Gesamtvermögen zu setzen. Es sei dem Land gelungen, «ein passables Sensorium für wirkliche Armut zu entwickeln»; dies gelte vor allem für die Kinder- und Altersarmut. «Doch eine entsprechende Wahrnehmung des Reichtums fehlt in der Republik.» Dafür gebe es mehrere Ursachen: Die neoliberale These lege nahe, «der Staat bereichere sich zu Unrecht» an den Einkommen der Wohlhabenden. Und: «Wenn fast alle Parteien «Entlastungen» für die Besserverdiener versprechen, liegt es nahe, dass sich diese

«belastet» fühlen.» Wichtiger sei jedoch, es sei «nicht einfach» sich über Reichtum und seine Erscheinungsformen zu verständigen. Das liege daran, dass es über Armut viele Alltags-Erzählungen gebe, Reichtum sei dagegen diskret, weil er nicht Mitleid wie Armut, sondern nur Neid ernten könne. «Weil über Reichtum selten und stets ungern gesprochen wird, fehlt auch ein politischer Konsens, den es bei der Armut längst gibt: Wo, bitteschön, beginnt der wirkliche, große Wohlstand? Manche Ökonomen nennen ein Monatseinkommen von gut 3000 Euro netto für einen Alleinstehenden; bei einem Paar mit zwei Kindern liege die «Reichtumsschwelle» bei knapp 7000 Euro netto.» Die meisten der Betroffenen würden dies jedoch so nicht wahrnehmen. «Diese Wahrnehmungsschwäche hat problematische politische Folgen. Sie macht eine Verständigung über die Lasten, die eine Gesellschaft verteilen muss, beinahe unmöglich. Wenn sich fast jeder von Armut bedroht fühlt, sinkt die Bereitschaft, dem Staat etwas abzugeben.» Der Autor erinnert: «Vielleicht täte gelegentlich ein kleiner Blick zurück ganz gut: Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik hat sich in den letzten dreißig Jahren ungefähr verdoppelt; die Wohlhabenden haben überproportional davon profitiert.» Und: «Die politische Kultur in Deutschland würde es jedenfalls bereichern, wenn sich nicht ständig Menschen armrechnen, denen es wirtschaftlich gut geht.»

In dem Text «**Selbst die Reichen sparen**» (22.6.2009) wird die Lage der Luxusbranche in der Krise analysiert. Die Umsätze brächen ein, weil das Vermögen vieler Reicher an den Börsen dahingeschmolzen sei. Es gebe zudem noch «ein irrationales Moment». Die Händler bestellten aus Vorsicht keine Ware mehr, so verschärfe sich die Krise von Luxusgüter-Unternehmen. Bei manchen von denen offenbarten sich auch Management-Fehler. Die Krise werde auch hier die «Spreu vom Weizen trennen».

In dem Text «**Von den Reichen lernen**» (16.6.2008) wird das Problem behandelt, dass Vermögensverwaltung «ein kompliziertes Geschäft» ist. Eine Regel: Man könne nicht genug «streuen».

In dem Text «**Aufschrei der Millionäre**» (8.5.2008) wird aufgrund einer Umfrage unter Menschen, die mehr als 15 Millionen Dollar Vermögen besitzen, das Thema behandelt, dass die Beratung von Vermögenden durch die Banken oft unzureichend ist. Millionäre engagieren deshalb immer häufiger «eine bankenunabhängige Adresse für die Vermögensverwaltung».

1.3 Reichtum von Organisationen (Kapital/Unternehmen, Finanzindustrie)

keine zuzuordnenden Texte

2 BESTANDSAUFNAHME STAAT

2.1 Staatsschulden

Der Text «**Erstaunliches Erstaunen**» (24.8.2012) beschäftigt sich mit dem positiven Erstaunen, mit der die höheren Steuereinnahmen zur Kenntnis genommen worden wären: «Ja, Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen haben im ersten Halbjahr 2012 gut acht Milliarden Euro mehr eingenommen als ausgegeben – ein Umstand, der nach fast dreijährigem Konjunkturboom normal sein sollte.» Das zeige, dass die Maßstäbe «verrückt» seien. Die Praxis sei inzwischen so, dass in wirtschaftlich guten Zeiten niedrige und in schlechten Zeiten höhere Schulden angehäuft werden. «Gelingt es doch einmal, in der Nähe der Nulllinie zu landen – wie jetzt mit einem Plus von gerade einmal 0,6 Prozent der Wirtschaftsleistung –, berauscht man sich regelrecht daran.» Das sei schon deshalb nicht gerechtfertigt, da das gute Ergebnis «zuvorderst auf Rekordüberschüsse der Sozialkassen zurückzuführen» sei.

Der Kommentar «**Sparen kann tödlich sein**» (22.5.2012) mit der Unterzeile: «Kürzen und Knapsen lassen die Demokratie ins Leere laufen» beschäftigt sich auch mit dem Thema der Staatsschulden und mit der Rolle der Finanzmärkte. Diese «treiben die Regierungschefs vor sich her, erzwingen Sparpakete und Reformen, manchmal sogar neue Regierungen». Und:

«Schärfer denn je blitzt in der Krise der alte, unauflösbare Widerspruch auf zwischen Kapitalismus und Demokratie.» Die Autorin argumentiert, niemand wisse genau, wo die Grenze für die Staatsverschuldung liege: «Nur so viel ist gewiss: Das Limit ist dann erreicht, wenn Anleger nicht mehr bereit sind, Regierungen Geld zu leihen.» Die Autorin bewertet die Ereignisse in den EU-Krisenländern so: «Wo aber Kürzen und Knapsen das Gebot der Stunde sind, droht die Demokratie ins Leere zu laufen. Der Abbau der Haushaltsdefizite bedeutete nämlich einfach den Abbau von Arbeitsplätzen. Die wirtschaftlichen und menschlichen Kosten dieser Kürzungen auf Geheiß der Gläubiger sind ungeheuer.» Es zeige sich: «Der Finanzmarkt ist kein unabhängiges Gericht über die Solidität staatlicher Haushaltspolitik, er ist Partei – mit eigenen Interessen.» Es werde ein Verteilungskonflikt ausgetragen: «Zwischen den Gläubigern mit ihren berechtigten Ansprüchen auf Rückzahlung der Schulden und den Bürgern, die soziale Gerechtigkeit fordern. Der Konflikt ist nur schwer zu lösen, weil sich die Staaten in die Abhängigkeit von Finanzmärkten begeben haben durch jahrzehntelange Schuldenmacherei. So haben die Politiker selbst ihre Handlungsfähigkeit geschrumpft. Doch die Staaten sind nicht machtlos: Sie können all ihre Schulden jederzeit aufkünden.

Das verschafft auch ihnen Drohpotenzial. Wer nun mit der schwäbischen Hausfrau argumentiert, dass wer Schulden hat, selber schuld sei und bitte schön abstottern möge, was er sich gepumpt hat, der sei daran erinnert, dass die Schulden der Staaten nicht zuletzt deshalb so hoch sind, weil ihnen in der Krise die Verstaatlichung der privaten Schuldenberge abgerungen wurde. Nun wollen sich ausgerechnet jene Banker, die ihr eigenes Geschäft nicht im Griff hatten und gerettet wurden, zum Wächter über gute Finanzpolitik aufschwingen. Dabei sind es die Wähler, nicht die Märkte, die von ihren Regierungen Rechenschaft verlangen dürfen. Es wird keine einfache Aufgabe für verschuldete Regierungen, ihre Souveränität zurückzugewinnen. Sie dürfen harten Entscheidungen nicht ausweichen, müssen dies aber aus freien Stücken und in ihrem eigenen Tempo tun.»

Zahlreiche Kommentare behandeln das Thema Staatsschulden; einschließlich der Finanzlage der Bundesländer und der Kommunen. Dieser eben zitierte Kommentar hat als einziger einen Zusammenhang zwischen dem Handeln der Finanzmärkte und den Staatsschulden hergestellt und beschäftigte sich vergleichsweise differenziert mit den Gründen für die hohe Staatsverschuldung. Er ist eine Ausnahme, deshalb wurde er ausführlicher zitiert.

Im Folgenden wird hier dieses Themenfeld summarisch dargestellt. Die Staatsschulden werden meist als Ursache der gesamten Euro-, Wirtschafts- und Finanz-Krise benannt und zugleich deren Verringerung als Therapie, unter anderem in Form der Schuldenbremse und einer entsprechend harten Sparpolitik. Oft wird die Krise bereits auch Staatsschulden-Krise genannt. Es werden teilweise auch die Folgen der Staatsverschuldung analysiert und diskutiert: beispielsweise eine drohende Inflation, Verlust von Glaubwürdigkeit bei internationalen Kapitalgebern; siehe unter anderem «**Krise ohne Masterplan**» (22.11.2011), «**Wie die schwäbische Hausfrau**» (19.8.2011), «**Zu viel Geld**» (31.12.2011), «**Spare in der Zeit**» (21.12.2010), «**Die gute Schuldenbremse**» (15.9.2010), «**Immer noch zu viele Schulden**» (5.7.2010), «**Kurze Wetterbesserung**» (23.6.2010), «**Inflation der Schulden**» (31.3.2010), «**Gnadenlos sparen**» (12.3.2010), «**Was die Kanzlerin nicht hören will**» (23.12.2009), «**Himmelfahrtskommando**» (28.10.2009), «**Gefährliches Leben auf Pump**» (26.1.2009) .

Das Instrument der Schuldenbremse wird meist positiv bewertet. Es werden sehr oft die folgenden Metaphern verwendet: wie die schwäbische Hausfrau, der Marsch in den Schuldenstaat, Narren im Schuldenturm, Leben auf Pump muss ein Ende haben. Es gibt auch Bilder aus der Medizin: Die «Schuldenmentalität» sei wie beim Raucher eine Sucht (vgl. «**Narren im Schuldenturm**», 8.8.2011). Nun sei der Punkt erreicht, an dem alle wüssten, dass sie abhängig sind: «Sie haben sich sorglos der Sucht hingegeben, alle miteinander: die Privathaushalte, die Unternehmen und die Staaten. Jetzt kommt das böse Erwachen.» (vgl. **ebenda**) Diese sehr unterschiedlichen Akteure werden dann im Folgenden auch gleich gewichtet. Es bleibe nur eine Lösung: der Schuldenverzicht. Der bedeute weniger Wohlstand. Es sei höchste Zeit, «dass Bürger, Politik und Finanzwelt sich dieser bitteren Realität stellen». (vgl. **ebenda**)

In dem Text **«Sparen ist gut, aber nicht alles» (17.4.2010)** wird argumentiert: Da sich «ein gigantischer Schuldenberg von mittlerweile rund 1,7 Billionen Euro angehäuft» habe, müsse gespart werden. Es bedürfe jedoch auch eines stärkeren Wirtschaftswachstums, weshalb es um weniger Bürokratie, bessere Investitionsbedingungen und «auch» um die Senkung «der ungerechten und vielfach zu hohen Steuerbelastung» gehe.

2.2 öffentliche Armut

Der Text **«Stadt, Land, Frust» (4.8.2012)** widmet sich der Versorgung mit Wohnraum: «In den Ballungszentren droht eine Wohnungsnot. Die Mieten sind in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Nun verschärft die Euro-Krise diese Entwicklung. Aus Angst um ihr Geld kaufen viele Deutsche Immobilien. Die teils absurd hohen Preise treiben die Mieten stark nach oben.» Das treffe vor allem Einkommensschwache. «Die Anzahl der Sozialwohnungen sinkt drastisch. Der Mieterbund warne und auch der Bundesbauminister fordere mehr sozialen Wohnungsbau. Es gebe seit längerem eine Tendenz der «Stadtteil-Veredelung, Soziologen sagen dazu Gentrifizierung» mit der Folge: «Sozial Schwache bleiben ausgeschlossen – sie werden an den Stadtrand oder aufs Land gedrängt. Diese Entwicklung ist fatal, denn die Zukunft gehört der Stadt.» Den meisten Bürgern sei die Pendelei zu teuer geworden und koste sie zuviel Zeit. Deshalb wollten die Bürger zurück in die Stadt: «All das geht jedoch nur, wenn es dort bezahlbaren Wohnraum gibt.» An dem fehle es, auch weil viele Kommunen ihre Sozial-Wohnungen privatisiert hätten; der Autor verweist dann auf einen aktuellen Fall in München, auch auf andere Fälle in Stuttgart und Dresden: «Die Mieter fürchten nun den Verkauf an einen Finanzinvestor, dem ökonomischer Profit wichtiger ist als Mieterschutz.» Sein Schluss daraus: «Es ist an der Zeit, dass die Gesellschaft darüber diskutiert, wie Wohnbau sozial gestaltet werden kann. Zu lange galt die Idee des staatlich geförderten Wohnens als Relikt vergangener Jahrzehnte – schon wahr, es wurden Fehler gemacht.

Was darauf folgte, war aber nicht besser; es wurde privatisiert, viele Stadtkämmerer Unterwarfen sich dem Dogma der Banken- und Finanzwelt: Alles wird schon gut, wenn der Markt es richtet. Aber der Markt hat versagt, nichts ist gut.» Auch wenn die Finanzen der öffentlichen Hände knapp seien, «sie dürfen nicht aufhören, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.» Und: «Am Ende profitieren davon alle, denn es ist die Begegnung von Arm und Reich, die der Stadt von jeher ihren Reiz verleiht. Das städtische Leben muss für Bürger aller Einkommensschichten bezahlbar bleiben. Die Zentren der Republik dürfen nicht zu Reichen-Ghettos verkommen.»

Der Text **«König Midas, abgesetzt» (18.7.2012)** setzt sich grundsätzlich kritisch mit der Politik der Privatisierung und deren sozialen und politischen Folgen auseinander: «Bund, Länder und Gemeinden verscherbelten zwei Jahrzehnte lang nicht nur ihre Anteile an großen Firmen, um so ihre Haushalte zu sanieren. Sie gaben für viel Geld auch ihren Einfluss auf die Unternehmen der Daseinsvorsorge auf.... .» Das sei manchmal gut gegangen, aber «sehr oft klappte es nicht». Beispielsweise seien oft die Preise für kommunale Dienstleistungen gestiegen. Nun gebe es eine Wende, Kommunen begännen, ihre Betriebe zurückzukaufen: «Diese Re-Kommunalisierung ist notwendig, wenn das Gemeinwesen ein Gemeinwesen bleiben will.» Zu den früheren Motiven führt der Autor aus: «Gewiss: Die Kommunen verkauften ihre Betriebe der Daseinsvorsorge nicht nur aus Jux, Geldmacherei und Tollerei, sondern aus Not. Der Staat suchte angesichts der gewaltigen Schulden der öffentlichen Hand sein Heil in der Privatisierung seiner Unternehmungen. Lange Zeit wurde das allgemein begrüßt, die Privatisierung war Teil eines historischen Megatrends, der dem Markt sehr viel und dem Staat sehr wenig oder gar nichts zutraute» Nach und nach seien die Bürger jedoch «rebellisch» geworden, denn: «Die Bürger erlebten Privatisierung als den Sieg der angeblich ökonomischen Effizienz über die soziale Verantwortung.» Mit der «globalen Wirtschaftskrise» sei die «generelle Skepsis gegenüber einer Privatisierung der Daseinsvorsorge» noch gewachsen, da Bürger auch ihren Einfluss auf die Unternehmen verloren hätten. «Die neue Tendenz zur Re-Kommunalisierung der Daseinsvorsorge ist vernünftig und demokratisch.» Und: «Privatisierung kann bisweilen eine gute Entscheidung sein – sie darf aber nicht auf den Ausverkauf staatlicher Gestaltungsmacht hinauslaufen. Das wäre ein Ausverkauf bürgerschaftlicher Mitbestimmung, also antidemokratisch.»

In einem Leitartikel im Wirtschaftsressort **«Kinder statt Shampoo» (9.6.2012)** mit der Unterzeile «Schlecker-Frauen sollen Erzieherinnen werden – Welch ein Unfug» geht die Autorin indirekt auf das Thema der öffentlichen Armut ein, in diesem Fall der Qualität der sozialen und humanen Dienstleistungen. Sie beschäftigt sich sehr kritisch mit dem Vorschlag der Bundesarbeitsministerin, die arbeitslosen Schlecker-Frauen sollten sich «zu Erzieherinnen oder Altenpflegerinnen» umschulen lassen.

«Da kann die Ministerin noch so sehr betonen, bei der mindestens zweijährigen Umschulung würden die Standards der Berufe gewahrt, werde streng auf Qualität geachtet. Vielmehr setzt von der Leyen mit ihrem Vorschlag die Leistung gut ausgebildeter Erzieher und Altenpfleger herab, die sich täglich darum bemühen, Kindern den Weg ins Leben zu ebnen und alten Menschen am Lebensende die Würde zu bewahren.» Die Autorin beklagt, es gebe zu wenige Beschäftigte in den humanen Dienstleistungsberufen, sie würden im Vergleich zu anderen Arbeiten zu gering bezahlt, und die Belastung sei besonders hoch. Das zeige auch, dass die Arbeit nicht wertgeschätzt sei. So sei es keine Überraschung, wenn junge Beschäftigte lieber in eine Bank oder in die Industrie gingen. «Der Vorschlag der Arbeitsministerin ist so absurd wie die Idee, Hartz-IV-Empfänger in Pflegeheimen einzusetzen.» Das seien Vorschläge, mit denen die Politik versuche, «die Lücken in Kindertagesstätten und Pflegeheimen durch schnelle und billige Lösungen zu schließen...», das gehe aber in die Irre und sei «auch gefährlich».

Der Leitartikel **«Kusch, Osten. Platz!» (22.3.2012)** beschäftigt sich mit der Lage in Ostdeutschland. Die These ist: Der Westen kümmere sich nicht mehr um den Osten, dem Arbeit fehle und der in Teilen entvölkert sei, obwohl es das Versprechen gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West gebe. Es gebe Zwist: Die Ruhrgebiets-Kommunen sagten, ihnen gehe es schlechter als den ostdeutschen Kommunen. Und die reichen Süd-Länder klagten gegen die Lasten aus dem Länderfinanzausgleich. Die Lage im Ruhrgebiet sei schwierig, aber: «Den Neidreflex zu bedienen und zu behaupten, der Osten sei saturiert und müsse endlich für den Westen bluten, das freilich ist nichts als wohlfeiles Geschwätz.»

Denn im Osten seien ganze Gebiete entvölkert, die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie im Westen. Selbst «blühende ostdeutsche Städte wie Potsdam liegen bei Steuereinnahmen und Kaufkraft hinter den ärmsten westdeutschen Pendants. Und die Armut in den Köpfen verstetigt sich. Nach einer Studie der TU Dortmund brechen doppelt so viele ostdeutsche Jugendliche die Schule ab wie westdeutsche, die Thüringer ausgenommen.»

Es sei vieles besser geworden: «Aber die gesellschaftlichen Schlaglöcher dort sind tiefer, als die glatt asphaltierten Straßen vermuten lassen.» Die Subventionsleistung sei enorm, trotzdem: «Das Ziel aber, das das Grundgesetz vorgibt, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist noch lange nicht erreicht. Es wird nicht mehr angestrebt von denen, die sich jetzt munter entsolidarisieren, nicht nur im Revier, sondern eben auch im wirtschaftlich potenten Südwesten. Länder wie Bayern und Baden-Württemberg verdanken ihren enormen Reichtum nicht nur eigener Kraft, sondern auch den Verheerungen eines Krieges, der Millionen Ostelbier nach Westen getrieben hat, viele von ihnen Gutsbesitzer und Gebildete. Die nächste Welle bürgerlicher Mittelständler rollte aus West-Berlin in die alten Länder. Diese Invasion von Grips und Geld und die West-Alliierten haben die alte Bundesrepublik zu einer der leistungsfähigsten Demokratien Europas gemacht. Aus diesem Glücksfall erwächst eine Verantwortung, die nicht einfach abzuschütteln ist.»

Der Leitartikel **«Abbruch West» (20.3.2012)** konzentriert sich auf die Lage in Nordrhein-Westfalen. Die These: Das Ruhrgebiet stehe kurz davor, «der neue Osten zu werden».

Und: «Der Osten blüht, den Westen hat man ausbluten lassen. Das ist das Verbrechen am Tatort Ruhrgebiet. Es so zu verkürzen, ist nicht populistisch. Es ist einfach wahr.» Die Forderung des Leitartikels: «Nicht mehr die Himmelsrichtung muss das Kriterium für Ausgleichszahlungen sein, sondern die Bedürftigkeit.» Der Osten habe es geschafft, «aus dem Fortbestand der Finanzausgleichsleistungen eine moralische Frage über das Gelingen der Einheit zu machen.» Um das Ruhrgebiet dagegen habe sich «niemand gekümmert, da gehört die Armut zur Folklore».

Der Leitartikel **«Kein Blutbad für Mieter» (15.2.2012)** beschäftigt sich mit den Folgen der Privatisierung der Wohnungswirtschaft. Es habe jahrzehntelang in deutschen Großstädten Hunderttausende Wohnungen gegeben, «deren Eigentümern es nicht nur um den Profit ging.

Die Mieten waren bezahlbar, und wenn die Heizung kaputtging oder das Wohnzimmer zu schimmeln drohte, wurde das umgehend repariert – der Vermieter war staatlich oder staatsnah und versuchte nicht, durch Vernachlässigung die Rendite zu maximieren». Inzwischen hätten zahlreiche Städte ihre Wohnungsbestände an private Investoren verkauft – mit unterschiedlichen Erfahrungen. Viele der neuen Eigentümer ließen die Wohnung «verlottern». Nun stünden wieder viele Staats-Immobilien zum Verkauf. In dem Leitartikel ist von «dem fragwürdigen Trend der Privatisierung um jeden Preis» die Rede, dem etwas entgegengesetzt werden sollte. «Wichtiger als ein paar Millionen Euro mehr sollte der größtmögliche Schutz meist wenig begüterter Mieter sein.»

Das Verhalten der Landesregierung in Stuttgart wird kritisiert: «Baden-Württemberg hätte die Chance nutzen sollen, die Wohnungen an einen genossenschaftlichen Eigentümer zu vergeben – der zudem noch die Stadt Stuttgart im Boot hatte. Ein Fehler war es, dass die Regierung nicht die Position der EU-Kommission abgeräumt hat, die einen Verkauf an den meistbietenden Investor verlangte.»

In dem Kurzkomentar «**Armes Ruhrgebiet**» (22.12.2011) wird mit Bezug auf Erkenntnisse des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes konstatiert: «Da kippt etwas in Deutschlands Mitte und driftet ökonomisch an den Rand.» Es wird die Einschätzung des Verbandes benannt, wonach soziale Unruhen drohten. Der Autor urteilt dagegen: «Der Unmut geht eher nach innen, in die Resignation.» Er belegt dies anhand von sehr niedrigen Wahlbeteiligungen in manchen Stadtvierteln und meint, man könne «von demokratiefreien Zonen» sprechen. Als Akteur wird die Politik angesprochen, die dem Osten geholfen habe, während der Westen glaubte, er «könne sich schon selber helfen». Die Landesregierung habe nun ein Notpaket geschnürt, «und die vielen Großkonzerne merken auch, dass sie etwas tun müssen, damit ihnen der Boden nicht unter den Füßen wegbricht». Für einen «Aufbruch West» reiche dies jedoch noch nicht.

Ein weiterer Kurzkomentar «**Starthilfe oder Sterbehilfe** (9.12.2011) beschäftigt sich mit dem Thema, dass diese Nothilfe für die ärmsten Städte in Nordrhein-Westfalen nur helfen werde, wenn das Ruhrgebiet «die Stärken, die es noch gibt, zusammenlegt», und nicht jeder alleine vor sich hinarbeite.

Der Kurzkomentar «**Wer wenig hat, dem wird genommen** (24.7.2010) beschäftigt sich mit Sparmaßnahmen der Regierung bei Hartz IV-Empfängern. Erst sei Langzeitarbeitslosen das Elterngeld gekürzt worden, nun empfehle eine Expertengruppe dem Arbeitsministerium, «die Kommunen sollten künftig selbst bestimmen, welche Mietkosten sie Hartz-IV-Empfängern Erstaten». Die Bewertung: «Dieser Plan ist extrem kurzfristig: Er soll die Kommunen entlasten, aber langfristig würde er das Gegenteil bewirken.» Denn: «Seit den 80er Jahren warnen Stadtsoziologen vor den Folgen sozialer Ausgrenzung: Wenn Einkommensschwache systematisch gezwungen werden, in die Viertel mit den billigsten Mieten zu ziehen, bleibt die Armut unter sich. Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Perspektivlosigkeit werden bewusst auf bestimmte Gebiete konzentriert – so entstehen soziale Brennpunkte.» Diese Tendenzen aufzufangen würde viel mehr kosten, als die Kommunen kurzfristig eingespart hätten.

In dem Text «**Bürger zweiter Klasse**» (23.5.2009) wird anlässlich des Jahrestages 20 Jahre Wiedervereinigung die Lage in Ostdeutschland analysiert und auch anhand des Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf die großen Unterschiede in den Armutsquoten zwischen Ost und West aufmerksam gemacht. Die wirtschaftlichen Unterschiede werden noch lange bleiben, so die Einschätzung des Autor. Konjunkturelle Lösungen seien bei Strukturproblemen keine Hilfe. Darunter zählt er offenkundig auch Vorschläge der SPD, die «mit Wohltaten wie einem flächendeckenden Mindestlohn von 7,50 Euro ...» werbe.

Anlässlich des ersten regionalen Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stellt der Text «**Verödete Regionen**» (19.5.2009) fest: Der Bericht «rüttelt wach», weil er belege, dass «Armut auch in Deutschland ein ernstes Thema ist» und zudem zeige, dass die Armut regional konzentriert sei. So gelte in Mecklenburg-Vorpommern jeder Vierte als arm. Es müsse gezielt geholfen werden, sonst drohe die Gefahr, «dass einzelne Regionen in Deutschland völlig veröden». Das Leitbild der gleichwertigen Lebensverhältnisse müsse ernstgenommen werden. In dem Text wird sachlich (und leicht relativierend) auf die Berechnungsgrundlage von privater

Armut eingegangen: Als arm gelte, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens in einem Land verdiene. So werde es also immer Arme geben, selbst wenn «eine Volkswirtschaft wächst und alle mehr verdienen», die Frage sei nur, wie viele Arme gebe es.

Der Leitartikel **«Spaßbäder für alle» (19.12.2008)** beschäftigt sich mit den Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland. Anlass sind Äußerungen der Kanzlerin, nun müsse in Westdeutschland mehr in die Infrastruktur investiert werden. Dem Osten sie viel geholfen worden, mit vorzeigbaren Erfolgen, aber auch Regionen im Westen hätten immer besondere Zuwendungen erhalten, um neue Strukturen aufzubauen. Und die Wirtschaft in Ostdeutschland stehe noch nicht auf eigenen Beinen. «Die Infrastruktur der neuen Länder hat kaum noch Nachholbedarf – und der grundsätzlichen wirtschaftlichen Schwäche im Osten ist an manchen Orten mit Strukturmaßnahmen einfach nicht beizukommen.» Intelligente Konzepte «für abgehangene Regionen» fehlten im Osten wie im Westen. «Der Schlagabtausch lenkt von der entscheidenden Frage ab: Bedürftigkeit gibt es in allen Himmelsrichtungen.

Was aber helfen die Programme, Zulagen und Sonderzuweisungen, wenn die Industrie erst einmal verschwunden ist, die Wirtschaft eine Region verlässt?»

Der Text **«Zurück in die Zukunft» (9.9.2008)** beschäftigt sich mit dem Rückzug vieler Bürger vom Land in die Stadt. Damit verbunden sei eine «Stadtteilveredlung», die sozial schwachen Bürgern Probleme bereite. Es bedürfe deshalb unter anderem einer «Rückkehr zum sozialen Wohnungsbau». In der Stadt müsse es bezahlbaren Wohnraum für alle geben. «Erst das Aufeinandertreffen von Arm und Reich verleiht der Stadt ihren Reiz – und macht sie genau deshalb lebenswert.» Diese Darstellung von Armut als kulturelle Bereicherung ist allerdings sehr selten.

Der Text **«Die Straßen des Erfolgs» (14.6.2008)** schildert, dass es der Stadt München recht gut geht, weil sie auch wirtschaftlich aktiv sei: Sie betreibe sozialen Wohnungsbau, besitze Stadtwerke, habe ein breites Netz sozialer Einrichtungen. Dieser «neue Wohlstand» in Zeiten einer guten Konjunktur komme in München und in vielen Kommunen jedoch «nur einer Minderheit zugute ..., nicht aber dem urbanen Prekariat... .» Gesetze und Finanzregeln müssten so geändert werden, dass die Schwachen «noch stärker» gefördert werden könnten.

3 AUSWIRKUNGEN VON ARMUT UND REICHTUM AUF GESELLSCHAFT/BÜRGER

3.1 soziale Klüfte/neue Schichten+Klassen - national/international

a) national

Der Leitartikel **«Wer wie viel verdient» (2.10.2010)** beschäftigt sich grundsätzlich mit dem Stellenwert von Armut «in einem reichen Land». Die Gesellschaft sei gezwungen zu überprüfen: «Ist das Wirtschaftssystem so organisiert, dass wir ein gutes Gewissen haben dürfen? Ist es gerecht, ist es sozial? Darf es Armut geben, und wie viel? Was ist zu tun?

Wenn die Welt ein Wunschkonzert wäre, dürfte es natürlich keine Armut geben, und mancher hält alles andere als diesen Idealzustand für einen Skandal.» Das seien vor allem die Linken. Der Autor konzidiert: «Die Wirklichkeit macht es ihnen leicht: Arbeitslose, denen der Staat gerade mal 359 (bald 364) Euro Grundversorgung im Monat zuweist. Arbeitnehmer, die mit 700 Euro netto zu wenig verdienen, um von diesem Job leben zu können. Und Wirtschaftsführer mit 100 000 Euro oder gar einer Million – im Monat. Exzesse prägen das Gesamtbild.» Es gebe in allen diesen Bereichen Menschen, die sich anstrengten und welche, die dies nicht täten. Deshalb seien pauschale Urteile falsch. «Die Frage der Einkommensverteilung in Deutschland ist zu ernst, als dass sie dem Stammtisch überlassen werden dürfte. 359 versus 100 000 Euro – diese Schere wenigstens ein Stück weit zu schließen, ist den Schweiß der Edlen gewiss wert. Die Politik hat dazu auf dem Papier alle Möglichkeiten.» Jedoch sei Deutschland «dummerweise keine Insel, und Geld ein flüchtiges Gut. In der globalisierten Welt würden die internationalen Kapitalströme sofort, buchstäblich über Nacht, in andere Staaten und Volkswirtschaften

fließen.» Mit dem jetzigen System sei Deutschland bisher auch «gut gefahren...». Aber auch der Kapitalismus sei «Kapitalismus ein mangelhaftes System», weshalb wegen des Drucks des internationalen Wettbewerbs mehr Menschen nicht mehr mitkommen würden. Der Staat könne deshalb die Hartz-IV-Sätze anheben. Das sei eine Frage der Prioritäten: «nichts ist alternativlos». Zwei Gründe sprächen jedoch dagegen: Zu dem Bedarfssatz komme beispielsweise die Mietzahlung noch hinzu. Beispielsweise der alleinstehende Langzeitarbeitslose liege bei 700 Euro, «die Hartz-IV-Familie mit zwei Kindern bei 1660 Euro. Davon kann man, mehr schlecht als recht, leben». So sei der Gestaltungsspielraum der Politik «begrenzt» durch die Einkommen der Niedriglohnbezieher. Untersuchungen und «auch der Menschenverstand» sagten, dass «der Anreiz zur Arbeit sinkt, wenn man ohne fast dasselbe hat oder sogar mehr als mit». Deshalb: «Die Ökonomen sprechen vom Lohnabstandsgebot, das höhere Hartz-IV-Sätze verbietet.» Wollte man «diese Schranke aushebeln», dann müsste man generell Mindestlöhne festsetzen, nicht wie bisher nur je Branche, und das «wäre ein schwerer Eingriff in die Marktwirtschaft, Arbeitsplätze in großer Zahl würden unrentabel und gingen verloren». Setze sich die Politik «über die wirtschaftliche Logik politisch hinweg», dann sei dies «unwürdig gegenüber den Betroffenen, die lieber für weniger Geld arbeiten als gar nicht». Ein flächendeckender Mindestlohn sei ebenso falsch wie die Idee eines Grundeinkommens. Denn noch sie «Arbeit Lebenselixier», und wer keine habe, «muss um sie kämpfen – unter konstruktiver Hilfe des Staates». An dieser Stelle sei die Agenda 2010 unvollständig. Der Staat wollte fordern und fördern, aber er fördere zu wenig. Es bedürfe «viele kluge Ansätze und Anstrengungen für mehr Jobs».

Der Kurzkomentar «**Abstiegsängste in der Mitte**» (15.6.2010) beschäftigt sich mit der durchaus umstrittenen wissenschaftlichen Analyse, die Mittelschicht in Deutschland schrumpfe. Der Autor empfiehlt den Mittelschichten auf die «Menschen mit wirklich niedrigen Einkommen» zu schauen, unter anderem den Hartz-IV-Empfängern. «Sie wurden weit stärker belastet als die Mittelschicht.» Und die Gutverdiener hätten dagegen «ein exzellentes Jahrzehnt hinter sich, mit rasant steigenden Gehältern und sinkenden Steuersätzen». Daran habe man sich lange nicht gestört, wohl in der Hoffnung, bald selbst zu diesen Schichten zu gehören. «Es ist an der Zeit, mit diesem Missverständnis aufzuräumen – und die Wohlhabenden im Land an den Sparpaketen der nächsten Jahre zu beteiligen.»

Der Kurzkomentar «**Verschlucktes Kindergeld**» (9.4.2010) kritisiert, dass Hartz-IV-Familien von den Kindergeld-Erhöhungen nichts haben, da es mit dem Sozialgeld verrechnet wird. Das Bundesverfassungsgericht habe darauf verzichtet, die Politik zu zwingen, die Aufwendungen für Hartz-IV-Kinder zu erhöhen. Das sei eine Schräglage, «die mit dazu beiträgt, prekäre Milieus zu zementieren».

In dem Leitartikel «**Den Bürger ernst nehmen**» (10.10.2009) wird das Thema Steuersenkungen in Anbetracht von Staatsschulden thematisiert. Der Autor vertritt die These, die Steuern müssten gesenkt werden, was auch möglich sei, wenn der Staat seine Ausgaben zugleich senke. Er skizziert die Lage der Mittelschichten so: «Leistungsträger in der Mitte der Gesellschaft, die hart arbeiten und grundsätzlich bereitwillig (viele) Steuern zahlen, fühlen sich vom Staat drangsaliert, und sie haben Recht. Wenn von einem Bruttoeinkommen von 50 000 Euro nach Abzug der Sozialbeiträge und der direkten Steuern sowie der Berücksichtigung indirekter Steuern auf den Konsum noch ein Drittel übrig bleibt, muss man sich über Demotivation, Leistungsverweigerung und Ausweichstrategien (Schwarzarbeit) nicht wundern.» Und: Nur wenn die Mittelschicht motiviert sei, komme es wiederum zu dem Wachstum, das nötig sei, um beispielsweise den Sozialstaat zu finanzieren.

Der Leitartikel «**Wie man Armut zementiert**» (27.5.2008) geht davon aus, dass es Kinderarmut gibt und «die Gesellschaft nach Jahren des Jobabbaus, stagnierender Reallöhne und wachsender Gewinne auseinanderdriftet». Nun gebe es die Forderung nach Umverteilung. «Als müsste nur ein neuer Robin Hood kommen, den Reichen nehmen, um den Armen zu geben, und alles wäre gut. Die Realität ist leider komplizierter. Schlichte Umverteilung könnte den ärmeren Bürgern sogar mehr schaden als nützen.» Denn der Staat hole sich das dafür nötige Geld von denen, von denen er es bekomme: Das seien die kleineren Unternehmen und Facharbeiter, «die dem Zugriff des Steuer- und Abgabenstaates voll ausgeliefert sind». Die

Groß-Konzerne und Reichen könnten sich via Verlagerungen und Stiftungen vor diesen Zugriffen schützen. Und wenn geholfen werde, müsse beachtet werden: «Reine Finanztransfers machen ärmere Menschen zum Objekt, sie verändern ihr Einkommen, aber nicht unbedingt ihre Chancen darauf, langfristig für sich selbst sorgen zu können.» Die beste Versicherung gegen einen sozialen Abstieg sei gute Bildung, einen Arbeitsplatz und öffentliche Betreuung, damit die Eltern auch arbeiten gehen können. «Die rot-grünen Reformen, die Arbeitslosen mehr abverlangten, aber dafür Millionen Jobs schaffen halfen, waren also effektive Armutspolitik. Auch wenn Umverteilungsideologen dies bestreiten werden.»

b) international

In «**Der alternde Planet**» (2.10.2012) beschäftigt sich der Autor mit dem Thema von weltweiter Altersarmut. Die Menschheit werde immer älter. «Hunderte Millionen werden bis zum Grab arbeiten müssen, weil es eine Altersversorgung ausgerechnet in den Ländern, in denen der Alterungsprozess am schnellsten voranschreitet, nicht oder nur höchst unzureichend gibt: in den meisten Entwicklungsländern.» Der Schluss: «Nur wird es das Elend alter Menschen sein, das die Staaten weltweit vor gigantische Aufgaben stellen wird. Mit einer Anpassung der Rentenformel und der Änderung des Rentenalters wie in Deutschland wird es mitnichten getan sein.»

In dem Kurzkomentar «**Spiel mit der Armut**» (19.10.2011) wird eine Begrenzung der Spekulation mit Nahrungsmitteln gefordert. Die Autorin diagnostiziert: «Allein im vergangenen Jahr sind die Lebensmittelpreise weltweit um ein Drittel gestiegen, und das bedeutet, dass auf einen Schlag zusätzlich 40 Millionen Menschen in die absolute Armut getrieben wurden.» Mit «Augenmaß» müssten «Politik und Wirtschaft ... die Geldflüsse in den Agrarsektor regulieren», um diese Geschäftemacherei auf Kosten der Ärmsten «einzudämmen». Finanzinvestoren erfüllten auch wichtige Aufgaben der Kapital-Bereitstellung und der Absicherung von Risiken, dies müsse berücksichtigt werden.

Der Leitartikel «**Glückes Schmiede geschlossen**» (20.8.2011) beschäftigt sich grundsätzlich mit den Jugendunruhen in Westeuropa und weltweit. Die britische Regierung antworte auf «soziale Desintegration allein mit Repression». Die Proteste dort und anderswo seien «Ausdruck der Empörung über soziale Ungerechtigkeit». Und sie stünden für «das bedrohliche Gefühl, dass der Staat vom Markt beherrscht wird». Die Jugendlichen wollten in einer Demokratie die Zukunft eigenständig gestalten. In dem Text wird länger erläutert, dass vieles geschehe, was die Frage erlaube, ob die Politik noch wisse, was sie tue. Demokratie heiße doch: «Herrschaft des Volkes für das Volk. Aber diese Herrschaftszeiten sind offenbar vorbei.» Es heiße noch weitverbreitet: «Jeder ist seines Glückes Schmied.» Die Antwort in dem Text: «Wenn es aber nichts zu schmieden gibt, ist es sinnlos, wenn Recht und Politik versuchen, den Jungen diesen Satz mit repressiven Mitteln einzubläuen.» Der Text weitet seine Kritik ins Grundsätzliche: «Der Kapitalismus ist eine ähnlich frevlerische Wirtschaftsform, wie sie der Kommunismus war. Er frevelt heute auf Kosten von Menschen und Staaten.» Er bringe die Staaten dazu, die Kosten der Finanzmarkt-Akteure zu übernehmen und er fordere von anderen ein, «was er selbst nicht zu tun bereit ist: Verantwortung zu tragen.» In dem Text werden die Leidtragenden und die potenziellen Möglichkeiten so definiert: «Die Kosten dieses Systems trägt die Mittelschicht, die sich geschunden wähnt von der Unterschicht, weil die von den Steuern der Mittelschicht lebt und weil sie betrogen wird von Reichen, die keine Steuern zahlen. Die Regierungen könnten an der Schonung des Reichtums etwas ändern; aber sie tun es nicht.» Vor drei Jahren sei «ein Fegefeuer des Kapitalismus» erwartet worden. «Das war eine Täuschung.» Der Text schließt: «1967 hat ein Papst, es war Paul VI., in der Enzyklika über den <Fortschritt der Völker> eindringlich gefordert, <dass die Wirtschaft im Dienst des Menschen steht>. Die 44 Jahre seitdem haben diese Forderung verhöhnt.»

In dem Leitartikel «**Betrogene Generation**» (6.8.2011) wird die Lage der Jugend in Deutschland derjenigen in den anderen vor allem südeuropäischen Ländern gegenüber gestellt. Es gebe hohe Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeit sei normal, die Politik habe jahrelang nichts gegen die sich aufbauende Arbeitslosigkeit gemacht. Die Autorin geht auf die vielfältigen Proteste ein, sagt, es bedürfe Taten, ohne dies jedoch zu konkretisieren. Einen Zusammenhang

zu den Aspekten Gerechtigkeit, Armut/Reichtum wird nicht hergestellt. Als angeklagter Akteur stehen die verschiedenen Regierungen, also die Politik, im Mittelpunkt.

Es wird in **«Ein Recht auf Strom» (8.4.2011)** argumentiert, die Wohlhabenden der Welt müssten zugunsten einer Stromversorgung auch für ärmere Regionen Kapital aufbringen.

Der Text **«Gefährliche Kluft (11.3.2011)** sieht folgende Aufgabe: «Nach der großen Rezession, nach den Schuldenblasen in den USA und Teilen Europas, nach der Empörung über die Bonusbarone der Wall Street ist es an der Zeit, die soziale Frage neu zu stellen. Nicht um die Gerechtigkeitsdebatten der Vergangenheit neu zu führen, sondern um Finanzkrisen der Zukunft zu verhindern.» Seine Analyse: «In vielen Staaten ist die Ungleichheit in den vergangenen drei Jahrzehnten rasant gestiegen.» Der Autor sieht folgende Wirkungen: «Das ist zunächst ein Gerechtigkeitsproblem. Massives Privatvermögen erhöht die Chancen, Regierungen zu beeinflussen. Gleichzeitig wirft es Fairnessfragen auf: Lässt sich wirklich argumentieren, dass Spitzenmanager tausendmal mehr leisten als einfache Angestellte? Vor allem aber ist die Kluft zwischen der hauchdünnen Schicht der Plutokraten und der breiten Masse eine ökonomische Herausforderung. Einflussreiche Volkswirte kommen zu dem Schluss, dass die Instabilität des Finanzsystems in der wachsenden sozialen Ungleichheit in den USA und in Europa wurzelt. Ihre Argumentation ist schlüssig: Vermögensunterschiede lassen die Nachfrage nach Krediten anschwellen, weil das Luxusleben der Oberschicht Begehrlichkeiten weckt.» Und: «Um die Risiken der Kreditvergabe zu streuen, entwirft sie (die Finanzbranche, at/sto) exotische Wertpapiere, die Investoren und Kontrollbehörden kaum verstehen. Damit wird die Saat für Finanzkrisen gelegt.» Der Autor beschreibt dann (seines Erachtens vergebliche) Versuche der Regierungen, die Finanzmärkte zu regulieren. «Damit werden die Krisensymptome verarztet. Doch die Wurzel des Übels, die wachsende soziale Ungleichheit, wird ignoriert. Dabei stellt sich die neue soziale Frage nirgendwo dringlicher als in der EU und in den USA.» In den Schwellenländern werden, so seine These, die Ungleichheiten über die Herausbildung von Mittelschichten eher abnehmen. «In Europa hingegen, vor allem aber in den USA, erodiert die Mittelschicht. Die Löhne stagnieren.» Der Schluss: «Die Politik muss darauf mit einer Sozialstaatsdebatte reagieren. Wenn das Finanzsystem gezähmt werden soll, darf die Frage nach der Verteilung kein Tabu im politischen Diskurs sein.»

In dem Text **«Eine Frage des Überlebens» (16.8.2010)** wird der (positive) Zusammenhang zwischen Spekulationen mit Agrarrohstoffen und Hungerkrisen ausführlich behandelt.

In dem Text **«Verpasste Chancen» (6.4.2009)** wird kritisch behandelt, dass bei einem G-20-Treffen auch die Frage der Armut – neben der des Klimaschutzes – in der Welt nicht behandelt worden sei. Diese Staatengruppe gebe in der Krise fast drei Billionen Dollar für Banken und Konjunkturprogramme aus, jedoch nur einen Bruchteil davon für Arme. Es müsse umgesteuert werden, vor allem zugunsten des afrikanischen Kontinentes: «Wer in Afrika arbeitslos wird und auf einen Dollar Einkommen pro Tag verzichten muss, verliert womöglich seinen gesamten Lebensunterhalt. Ein Arbeiter, der in Europa seinen Job verliert, fällt in ein eng gewebtes soziales Netz.»

In dem Text **«Hunger und Rendite» (7.5.2008)** wird ebenfalls der Zusammenhang von Spekulation und Lebensmitteln behandelt. Die Argumentation: Zum einen haben nicht nur Hedgefonds, sondern «auch deutsche Kleinanleger kräftig an dem Anstieg der Getreidepreise verdient». Zum anderen lenke die «Spekulantenschelte von den wahren Ursachen für die Hungerkatastrophe ab». Denn: Die Nachfrage wachse, und Nahrungsmittel würden oft vernichtet oder beispielsweise als Biosprit verwendet. Spekulation verstärke zwar den Preisanstieg, mehr aber nicht.

3.2 Instabilitäten+Benachteiligungen versus Privilegien+Macht+Einfluss

In dem Text **«Wer was verdient» (1.8.2009)** setzt sich der Autor anlässlich der öffentlichen Diskussionen über Einkommen von Managern und beispielsweise Erzieherinnen und eines Streiks im Öffentlichen Dienst sehr detailliert mit der Frage auseinander: «Ist das fair?» Gleich in dem ersten Satz wird das Thema relativiert: «Das Thema ist wieder für einen Aufreger

gut.... .» Der Autor geht auf die Aspekte Arbeitszeiten, Leistung, Qualifikation, Verantwortung ein. Sein Schluss: Diese Punkte seien nicht wesentlich. Wesentlich sei der in der Marktwirtschaft geltende Preismechanismus, der sich nach Angebot und Nachfrage richte, und der Preis im Arbeitsleben sei der Lohn. Es trauten sich eben wenige zu, ein Unternehmen zu leiten und nur wenige seien darin gut, deshalb würden Unternehmer und Manager, die sich dies zutrauten und die dies könnten, viel mehr verdienen. Eine Ausnahme sei der Öffentliche Dienst: Dort reguliere der Staat den Lohn. Da Deutschland im Service-Bereich stärker werden müsse, werde der Staat die Löhne erhöhen müssen. Der Schluss: «Als Steuerzahler werden wir uns neu entscheiden müssen, wofür wir unser Geld ausgeben.»

Anlässlich einer Studie über den Niedriglohn-Sektor entwickelt der Text **«Den Graben verkleinern» (11.7.2009)** die Argumentation: Es gehe ein Riss durch die Republik. Immer mehr Menschen könnten von ihrer Arbeit nicht leben, weil die Löhne immer geringer würden. Deshalb verlören die Menschen das Vertrauen in die Marktwirtschaft. Dieser Niedriglohn-Sektor sei politisch gewollt gewesen. Diese Strategie sei bis zur Krise auch sehr erfolgreich gewesen: Es habe noch nie so viele Erwerbstätige gegeben und die Zahl der Arbeitslosen habe abgenommen. Die Ursache dafür wird in einer Verschiebung «der Machtverhältnisse zugunsten der Unternehmer» gesehen und benannt. Es gebe zwar «keinen Anspruch auf soziale Gleichheit». Aber es gebe ein Recht auf ein «angemessenes Arbeitsentgelt». Deshalb sei ein bundesweiter Mindestlohn ein Beitrag, «um den großen Graben zwischen oben und unten zumindest ein bisschen zu verkleinern». Dieser Mindestlohn müsse jedoch «deutlich unter den 7,50 Euro pro Stunde liegen», den die Gewerkschaften forderten. Es wird auf die Gefahr der Arbeitsplatz-Verluste verwiesen. Das Beispiel Frankreich zeige dies, denn dort sei eine zu hohe Lohnuntergrenze der Grund für die hohe Jugendarbeitslosigkeit. So müsse der Staat mit «einem intelligenten Kombilohnmodell» Geld zuschießen.

Das Thema Boni und Exzesse vor allem der Banker wird in dem Text **«Die Wutprobe» (4.4.2009)** im Zusammenhang mit der aktuellen Finanzkrise thematisiert. Solange die Kleinanleger von den Spekulationen und riskanten Finanzgeschäften profitiert hätten, habe sich niemand über die Gehälter und Boni-Zahlungen aufgeregt. Nun sei Vertrauen verloren und es werde als ungerecht empfunden, wie die Krise bewältigt werde, da die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen würden. Im Vergleich zu den USA und Großbritannien sei die Lage in Deutschland eher ruhig. Aber man müsse auch hier versuchen, «den sozialen Frieden zu wahren», da auch in Deutschland trotz der Leistungen des Sozialstaates «noch nie seit 1945 ... die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie heute» gewesen sei. Es wird auf aktuelle Zahlen des DIW verwiesen. Es bestehe die Gefahr, dass wegen der Krise sich «die Zahl der Armen in unserer Gesellschaft stark erhöht – das wird die Sozialsystem weiter belasten». Es sei «die Hauptaufgabe der Politik», eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Wer die «Wutprobe» bestehen wolle, müsse «die Kluft zwischen Arm und Reich verringern». Es sei auch «die Führungsebene großer Unternehmen gefragt». Es gebe «eine entrückte Elite, die vor den Problemen der Gesellschaft die Augen verschließt... .» Der Autor nennt konkrete Maßnahmen: Der Sozialstaat müsse stärker über Steuern und weniger über Beiträge finanziert werden. Niedrigverdiener müssten entlastet, «die vermögenden Schichten» gelte es «an Kosten der Allgemeinheit stärker zu beteiligen».

In dem Text **«Bonus verpflichtet» (14.2.2009)** wird intensiv die Frage der Boni behandelt. «Exzesse bei der Vergütung» seien eine «Gefahr für die Gesellschaft». Die Investmentbanker hätten «phantastische Gehälter» aushandeln können, weil sie viel arbeiteten, über Qualifikationen verfügten und «ihren Arbeitgebern enorme Gewinne verschafften». Abgesehen von den Aktionären hätten davon viele profitiert. Jetzt in der Krise sei dies anders. Der Kommentar hebt hervor, die Art der Boni habe dazu angehalten, «zu hohe Risiken einzugehen» und nicht auf die Dauerhaftigkeit zu achten. «Die Politik» sollte «solchen Verwerfungen bei Banken nicht tatenlos zusehen». Politik und Unternehmen sollten Regeln umsetzen, «die eine langfristige und risikobewusste Vergütung gewährleisten».

4 ROLLE DES STAATES

4.1. Instrumente: Sozialstaat+Steuerstaat+Regulierung Einnahmen/Ausgabe

Der Text **«Peinliche Schönfärberei» (29.11.2012)** beschäftigt sich mit den Änderungen am Entwurf des neuen Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung. «Bei den neu formulierten Passagen im Armuts- und Reichtumsbericht handelt es sich aber nicht mehr um einen ganz normalen politischen Vorgang, sondern um eine peinliche Schönfärberei. Es geht um ein paar harmlose Sätze: «Die Privatvermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt.» Die FDP wird keinen Wissenschaftler finden, der diese Aussage widerlegen kann. Dennoch wurde dies gestrichen. Dass es vier Millionen Menschen gibt, die weniger als sieben Euro die Stunde verdienen, ist auch nicht erfunden. Trotzdem fehlt diese Aussage jetzt. Und warum soll eine Regierung nicht sagen, dass es das Gerechtigkeitsempfinden von Menschen verletzt, wenn die Löhne zwischen Gut- und Geringverdienern auseinandergegangen sind? Doch selbst diese Passage ist entfernt. Der geschönte Bericht zeigt vor allem, wie groß der Graben in der Koalition ist.»

Der Text **«Beschlossen und nicht beschlossen» (8.11.2012)** beschäftigt sich mit dem Koalitions-Streit über die sogenannte Zuschuss-Rente. Zum einen sei die Koalition nach den Besprechungen uneins über die Beschlüsse. «Zweitens kann keiner so tun, als ob nun das Problem der Altersarmut auch nur annähernd gelöst wäre. Es gibt keinen Grund, warum einer einzelnen Gruppe der potenziell Altersarmen mit wohl hohem Verwaltungsaufwand geholfen werden soll – aber den anderen, den Dauerarbeitslosen, Menschen mit brüchigem Berufsleben und vor allem den Erwerbsminderungsrentnern nicht oder nur wenig.»

Der Text **«Wieder ganz bei sich» (13.10.2012)** beschäftigt sich mit den Steuer-Plänen der SPD. Steinbrück wolle Steuer erhöhen, «nicht nur die der Reichen, sondern auch die der oberen Mittelschicht». Es habe sich jedoch etwas geändert: Die Wirtschaftslage sei schlechter als 2011 und die kapitalismuskritische Debatte sei verstummt. Die Angst vor der Zukunft habe zugenommen. «Man kann sagen, das Momentum für Steuererhöhungen ist verstrichen, ein gutes Jahr zu früh für die SPD.» Und: «In Zeiten akuter Wirtschaftsschwäche von Steuererhöhungen zu reden, zeugt nicht unbedingt von ökonomischen Weitblick.» Aber das müsse parteitaktisch nicht einmal ein Nachteil sein, denn: «Der Zeitgeist der frühen 2000er Jahre, der Wille zur Liberalisierung, Privatisierung und Entstaatlichung, sind unter den Trümmern der Wirtschafts- und Finanzkrise und der schlechten Wahlergebnisse begraben. Die SPD ist wieder bei sich.»

Der Text **«Gnadenbrot im reichen Land» (12.10.2012)** beschäftigt sich mit der Zunahme von «Tafel»-Angeboten in Deutschland. «Die Tafeln sind Einkaufsorte, nein Ausgabestellen für Leute, die sich ein normales Einkaufen nicht leisten können.» Die Tendenz: «Sie expandieren, weil Not und Bedürftigkeit in Deutschland expandieren. Mehr als 900 Tafeln gibt es in Deutschland, dort versorgen eineinhalb Millionen Kunden sich und ihre Familienangehörigen.» Die Bewertung: «Es wäre eine Katastrophe, wenn es diese gemeinnützige Einrichtung nicht mehr gäbe. Es ist aber auch eine Katastrophe, dass es sie geben muss. Die vielen Tafeln zeigen, dass die Not zurückgekehrt ist in ein reiches Land. Natürlich ist diese Not eine andere Not als die in Kalkutta. Die Armen in Deutschland sind relativ arm – sie sind arm dran.» Armut habe in Deutschland viele Gesichter. «All diese relativ Armen haben wenig gemeinsam, es verbindet sie nur Hartz IV. Die Hartz-Gesetze sind der große Hobel der deutschen Gesellschaft. Das «Gesetz über die Grundsicherung von Arbeitssuchenden» (so heißt das Hartz-IV-Gesetz im Wortlaut) hat der deutschen Gesellschaft die Grundsicherung genommen, die Sicherheit darüber, dass es in Deutschland eine ausreichende soziale Basis-Sicherung gibt.» Die Tafeln seien dafür der Beleg: «Ihre Zahl hat sich seit Einführung der Hartz-Gesetze vervielfacht.» An den Tafeln sei zu studieren: «Die Spaltungslinien der Gesellschaft verlaufen nicht mehr nur zwischen arbeitenden und arbeitslosen Menschen. Sie verlaufen kreuz und quer.» Und: «Wenn der Staat sich auf die Tafeln verlässt, verstößt er gegen seine soziale Fürsorgepflicht. Vielleicht sollten die Wohlfahrtsverbände, welche die Tafeln organisieren, einmal streiken. Armutsbekämpfung verlangt mehr als Barmherzigkeit. Ein Staat, der tausend Tafeln braucht, ist kein guter Sozialstaat.»

Der Text **«Was gerecht ist» (21.9.2012)** beschäftigt sich grundsätzlich mit der Frage, wer arm und wer reich sei in Deutschland und konstatiert, dass dies mit den Armuts- und Reichtumsberichten nicht gelingen könne: «Denn es ist unmöglich, die Grenze zwischen arm und gut situiert, zwischen wohlhabend und vermögend, reich und superreich zu ziehen. Solche Definitionsfragen lenken nur vom eigentlichen Thema ab, nämlich der Fähigkeit des Staates, für Bürger in materieller und existenzieller Not zu sorgen. Denn für einen funktionierenden Sozialstaat ist nicht allein ausschlaggebend, wie viel Vermögen vorhanden ist, sondern auch, wie dieses Vermögen zustande kommt.» Es gebe eine allgemeine Einschätzung von Armut: Auf bis zu 8004 Euro Einkommen im Jahr müsse niemand Steuern bezahlen. «Landläufig würde man wohl jeden als arm bezeichnen, der weniger verdient.» Würde der Freibetrag auf 10 000 Euro angehoben werden, dies zeige die Problematik der statistischen Messung, dann würde es viel mehr Arme in Deutschland geben: «Jeder, der weniger als 10 000 Euro im Jahr verdiente, wäre dann nämlich arm – obwohl sich nichts geändert hätte.» Ein anderer Aspekt komme hinzu: Mit derselben Summe sei jemand, der in München lebe, ärmer als jemand, der auf dem Land lebe. Man könne aus dem Bericht schließen, «dass es ungerecht zugeht in unserem Staat, weil die Superreichen immer reicher werden, und die Zahl der Armen trotz Wirtschaftsaufschwung nicht sinkt. Man lernt bei der Lektüre aber auch, dass es die obersten zehn Prozent der Gutverdiener sind, die in diesem Jahr weit mehr als 50 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer von 200 Milliarden Euro tragen.» Diese Steuern zu erhöhen, sei jedoch falsch. «Die Diskussion über mehr Gerechtigkeit muss anders geführt werden. Es geht im Kern um die Frage, wie die sozialen Sicherungssysteme finanziert werden. Denn sie sind es, die den Unterschied machen und Menschen in der Not helfen.» Sozialbeiträge würden abhängig vom Arbeitslohn gezahlt. Jedoch: «Ein deutlich höherer Anteil am Volkseinkommen wird inzwischen durch Zinseinkünfte, Mieteinnahmen und Kapitalerträge erwirtschaftet. Auf diese Einkünfte sind aber nur Steuern fällig und keine Beiträge.» Zudem sinke der Anteil der beitragspflichtigen Arbeitseinkommen. «Das führt zwangsläufig zu Kürzungen im System, die eben vor allem zu Lasten der Armen gehen.» Es gebe nur «einen Ausweg aus diesem Dilemma, eine Möglichkeit, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Und tatsächlich gibt es diese Alternative. Es ist die Haushaltspolitik. Ein Bundeshaushalt, der über Jahre praktisch ohne neue Schulden auskommt, wäre ein Garant für eine gute Sozialpolitik.» Und: «Die Deutschen können selbst entscheiden, wie man den Haushalt ins Plus bringt, durch Einsparungen oder höhere Steuern, durch soziale Kürzungen oder etwa den vollen Mehrwertsteuersatz für Hoteliers: Indem sie das Thema endlich einmal bei Bundestagswahlen einfordern.»

In **«Rente? Vielleicht» (11.9.2012)** wird positiv registriert, dass endlich über das Thema Altersarmut diskutiert werde. Junge Menschen schauten eher ängstlich in die Zukunft, die Älteren nicht: «Weil sie auch das Gefühl nicht kennen, in einem Sozialstaat aufzuwachsen, der seine grundsätzlichen Versprechen nicht mehr grundsätzlich hält – etwa das einer existenzsichernden Rente.» Der Sozialstaat sei ständig verschlankt worden, der Einzelne solle mehr Verantwortung für sein Leben tragen. «Das ist nicht unvernünftig.» Aber: «Auf die Rente bezogen: Warum sollte ein junger Mensch nicht auch selbst für sein Alter vorsorgen? Die Antwort ist simpel: weil er es nicht kann.» Denn heute sei für junge Menschen das prekäre, oft unterbrochene und ungewisse Erwerbsleben die Regel. Und: «Wie soll Vertrauen in die Märkte als Basis ihrer individuellen Altersvorsorge wachsen, wenn eine Krise die nächste jagt? Wie soll Vertrauen in sozialpolitische Prinzipien wachsen, wenn diese Jahr um Jahr zusammengestrichen werden? Unter diesen Bedingungen kann Vertrauen nicht wachsen.» Die jungen Menschen seien überfordert. «Die Debatte über Altersarmut künftiger Generationen, die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen angestoßen hat», gehe auf diese Überforderung ein. Ihre konkreten Vorschläge seien kritikwürdig: «Aber bei all diesen Schwächen: Endlich wird in Berlin über Altersarmut diskutiert.»

Der Text **«Über die Runden kommen» (28.8.2012)** beschäftigt sich mit dem Thema Altersarmut. «Dass sich in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Rentner, die weiterarbeiten, verdoppelt hat», sei erst einmal weder eine gute noch eine schlechte Nachricht. Da Menschen unterschiedlich seien: Die einen wollten gerne weiterarbeiten, andere nicht. Da es jedoch viele Minijobber unter den Rentnern gebe und die Altersrente «spürbar gesunken» sei, das lege die Vermutung nahe, «ein größerer Teil der Rentner arbeitet nicht, um seinen Tatendrang zu befriedigen, sondern um irgendwie über die Runden zu kommen». Das sei nicht

zwingend, aber das Arbeitsministerium handle «fahrlässig», wenn es ihn von vornherein bestreite. «Dass in Deutschland Altersarmut zunimmt, ist jedenfalls keine Spekulation, sondern Tatsache.»

Der Text **«Die Linke auf dem Holzweg» (6.8.2012)** plädiert gegen Forderungen für eine umfassende Umverteilung, sieht aber die Notwendigkeit für eine Umverteilung mit «Maß und Verstand». Das Wochenende sei üblicherweise «die richtige Zeit, um wirtschaftspolitische Debatten voranzutreiben. Punktgenau gesetzt, können sich Vorstöße bis Montag so richtig entfalten. Von daher hat das lockere Bündnis von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Aktionsgruppen alles richtig gemacht, als es am Freitag eine große Umverteilungsdebatte gestartet hat. Zumal sich die Initiatoren nicht mit Kleinigkeiten zufriedengaben, sondern gleich eine ganze Handvoll Steuerarten ins Visier nahmen, um «die Reichen» angemessen an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen.» Die Initiative habe jedoch nur ein geringes Echo gefunden. Dafür könne es zwei Gründe geben: «Warum das Ding nicht gezündet hat, kann vor allem zwei Gründe haben: Erstens, die Umverteiler sprechen so eindeutige Wahrheiten aus, dass kein vernünftiger Mensch sich engagieren mag. Oder, zweitens, ihre Vorschläge sind so abseitig, dass sich niemand ernsthaft mit ihnen befasst. Im konkreten Fall trifft beides zu.» Es stimme jedoch, die Schere sei auseinander gegangen, nicht so sehr wie in den USA, aber mehr «als für eine soziale Marktwirtschaft verträglich ist». Konkret beschreibt der Autor: «Nie gab es so viele Millionäre, ob aus Einkommen oder Vermögen, nie aber auch so viele Menschen, bei denen die monatlichen Bezüge gerade das Nötigste decken. Schlimmer noch: Die beiden Lager verfestigen sich, der Aufstieg von unten nach oben fällt schwerer als früher.» So sei das Thema dieses linken Bündnisses wichtig, die Akteure blieben jedoch ihrer Ideologie verhaftet und «vergeben damit die Chance, eine wertvolle Debatte in Gang zu setzen». Die Forderung nach Steuererhöhungen sei jedoch nur richtig, wenn der Staat ein Einnahmenproblem hätte und «die Steuerbelastung der Bessergestellten insgesamt so skandalös niedrig wäre wie in den USA». Beides sei nicht der Fall, so die Argumentation des Autor: So kletterte «der Zugriff des Staates allein bei der Einkommensteuer schon bei einem gutbürgerlichen Haushalt rasch auf am Ende 42 Prozent, von zahlreichen weiteren Steuern ganz zu schweigen. Das obere Viertel der Gesellschaft zahlt 80 Prozent des Einkommensteuer-Aufkommens. Hier noch stärker zuzulangen, wäre absolut falsch.» Auch «die Superreichen» entzögen sich in Deutschland nur vereinzelt «ihrer staatsbürgerlichen Pflicht». Viele Vermögende engagierten sich «zugunsten von Unternehmen, Investitionen und Wohltätigkeiten». Diese Schicht noch höher zu belasten sei «töricht, weil das Geld dann sehr schnell aus dem Land verschwindet». Die Steuerquote liege hoch, die Steuern «strömten ... nur so». Der Staat habe vielmehr ein Ausgabenproblem. Darüber sei zu reden, wo der Staat ohne Sinn und Notwendigkeit Geld ausbebe. Erst nach einer solchen Debatte über die Ausgaben, «aber nur dann, kann man auch darüber nachdenken, ob bestimmte Einkommen oder Vermögen anders behandelt werden müssen, ob also etwa die Erbschaftsteuer in Deutschland zu niedrig ist». Es möge sein, dass die Zeit reif für Umverteilung sei, aber nicht «so billig» wie die Initiatoren sich dies vorstellten.

Der Text **«Viel hilft nicht so viel» (4.8.2012)** setzt sich kritisch mit Forderungen eines neuen Bündnisses auseinander: «Viel hilft viel – so lautet offenbar das Motto von Attac, der Gewerkschaft Verdi und des Paritätischen Gesamtverbandes. Sie wollen Wohlhabende stärker besteuern.» Mit der Erhöhung mehrerer Steuern «wollen sie den Reichen im Laufe ihres Lebens ans Geld – und danach noch mit einer höheren Erbschaftsteuer.» So sollen die Folgen der Krise bezahlt werden. «Das ist, bei allem Respekt für die Ehrenhaftigkeit der Motive, eine etwas zu allgemeine Begründung für diesen Rundumschlag.» Es gebe «Missstände im Sozialstaat, in der Bildung und auch in der Infrastruktur». Die seien nicht von der Krise verursacht. «Auch dürfte es den Gedanken europäischer Solidarität kaum fördern, so zu tun, als seien die Griechen daran schuld, dass hierzulande Schwimmbäder nicht saniert werden.» Der Aufruf wirke «zudem ein wenig unpolitisch, weil unrealistisch. Sechs verschiedene Steuererhöhungen auf einmal – das klingt nach einer gewissen Maßlosigkeit des guten Willens.» Der Rat des Autors: «Eine gezielte Forderung (höhere Erbschaftsteuer) verbunden mit einem konkreten Ziel (mehr Geld für Bildung) wäre überzeugender. Viel hilft nicht immer viel. Manchmal ist weniger mehr.»

Der Kurzkomentar **«Verlockend, aber falsch» (16.7.2012)** beschäftigt sich mit dem Vorschlag, eine Zwangsabgabe für Vermögende zu erheben. Der Text geht von der Diagnose

aus: «Die Bundesrepublik ist ein Paradies für Vermögende. Weder in den USA oder in Großbritannien noch in den allermeisten EU-Ländern zahlen Reiche so wenig Steuern wie in Deutschland.» Deshalb klinge der Vorschlag des DIW, «gut betuchte Bürger per Zwangsabgabe um zehn Prozent ihres Vermögens zu schröpfen ... verlockend». Er trage jedoch nicht «zu mehr Steuergerechtigkeit bei». Er sei «wenig durchdacht». Verfassungsrechtlich könne er fraglich sein, zudem greife er «viel zu weit ins Vermögen ein», würden doch auch Einfamilienhaus-Besitzer «an einem teuren Standort» belangt. Allein die Ankündigung «einer solchen Enteignung» würde schon «eine Massenflucht von Kapital ins Ausland auslösen». Andere Vorschläge werden als «möglich» angesehen: höhere Steuern auf Kapitalerträge und Erbschaften. Und: «Auch ein höherer Spitzensteuersatz schadet nicht, wenn der Staat im Gegenzug Bürger mit mittlerem Einkommen entlastet.»

Der Leitartikel im Ressort Wirtschaft «**Nur ein Reförmchen**» (23.3.2012) trägt die Unterzeile «Von der Leyens neue Zuschussrente hilft wenig gegen Armut im Alter». Der Autor geht davon aus, dass auch das von von der Leyen nachgebesserte Konzept «die Lücken in der Alterssicherung vieler Menschen auch in Zukunft nicht schließen wird». Der Autor diagnostiziert: «Der großen Mehrheit der Ruheständler geht es gut. In 15 oder 20 Jahren könnten jedoch Millionen neue Rentner in die Armut abrutschen.» Das hänge mit den oft geringen Verdiensten von inzwischen vielen Beschäftigten zusammen, mit den Hartz IV-Empfängern und den «Kümmer-Existenzen unter den Solo-Selbständigen, die wenig oder gar nicht vorsorgen.» Er fügt an: «Auch war es politisch gewollt, das Rentenniveau zu senken, um die Beiträge in Zeiten einer älter werdenden Bevölkerung für jüngere Einzahler und deren Arbeitgeber stabil zu halten.» Von der geplanten Zuschussrente werden jedoch nicht sehr viele profitieren, so die Bewertung. Und: «Das größte Problem ist aber, dass die neue Sozialleistung mit der freiwilligen Zusatzvorsorge verknüpft wird. Niedrigverdiener müssen 2014 damit beginnen, zusätzlich vorzusorgen. Sonst gibt es keine Zuschussrente. ... Der Staat muss auch dafür sorgen, dass die Zuschussrente nicht zu einem Förderprogramm für schlechte Produkte der privaten Versicherer wird.» Der Autor zieht den Schluss: «Das Rentenrecht kann ohnehin nur einen begrenzten Schutz gegen Altersarmut bieten. Am wirksamsten sind immer noch ordentlich bezahlte Vollzeitstellen, mehr Aus- und Weiterbildung, damit Menschen nicht auf Dauer im Niedriglohnsektor steckenbleiben sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Vollzeitjobs für Frauen attraktiver zu machen.»

Der Wirtschafts-Leitartikel «**Solo der Ministerin**» (22.3.2012) beschäftigt sich mit der These: «Die Vorsorgepflicht für Selbständige – gerecht, aber in die Irre führend», so die Unterzeile. Die Arbeitsministerin wolle, «dass alle Erwerbstätigen privat fürs Alter sparen. Auch Selbständige, die das bislang nicht machen, sollen gezwungen werden, indem sie in Lebens- oder Rentenversicherungen einzahlen oder in irgendein anderes Produkt, das sich verrenten lässt.» Von der Leyen gebe das vor «in einer Zeit, in der gängige Vorsorgeprodukte wegen der Schuldenkrise stark hinterfragt werden. Wie seinerzeit Blüm versucht sie, an einem System festzuhalten, an dem Experten wie auch viele im Volk zweifeln». Denn die meisten Versicherer steckten das ihnen anvertraute Vermögen in Staatsanleihen und die würden «als Anlageklasse zunehmend problematisch». Entweder zu riskant oder ein zu geringer Ertrag. «Der Arbeitsministerin geht es darum, Altersarmut unter den mehr als vier Millionen Selbständigen einzudämmen. Das ist richtig, auch wenn viele Freiberufler und FDP-Wähler aufjaulen ob der Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit mit einer Vorsorgepflicht. Es ist nur gerecht, alle Erwerbstätigen anzuhalten, sich ums Auskommen im Alter selbst zu kümmern und das Risiko zu minimieren, der Allgemeinheit zur Last zu fallen.» Das reiche jedoch als Vorgabe, alles andere solle «dem Markt überlassen bleiben und von den Anbietern im Wettbewerb entschieden werden, nicht von der Politik». Die Vermutung der Autorin: «Wenn die Rentenpflicht für Selbständige kommt wie geplant, vergrößert die Regierung in erster Linie wieder mal den Absatzmarkt für eigene Anleihen. Eine strukturelle Reform wäre besser.»

Der Kurzkomentar «**Die richtige Dosis Mindestlohn**» (14.3.2012) konstatiert: «Millionen Menschen im reichen Deutschland können von ihrer Arbeit mehr schlecht als recht leben.» Eine Studie habe dies erneut gezeigt. Jedoch komme es auf die Dosis an: Einen Mindestlohn von 8,50 Euro auf einen Schlag in Ostdeutschland einzuführen, «käme einer Harakiri-Aktion gleich». Arbeitsplätze würden «massenhaft» vernichtet und die Schwarzarbeit angekurbelt.

«Unabhängige Arbeitsmarktforscher schlagen deshalb 6,50 Euro im Osten und 7,50 im Westen vor, die sich schrittweise anheben lassen. Es wäre ein Kompromiss für ein parteiübergreifendes Bündnis.» Ein Patentrezept gegen Armut wäre aber auch das nicht.

Der Leitartikel **«Die ungeliebte Reform» (3.1.2012)** geht auf das Thema Altersarmut ein: «Die Angst, als über 60-jähriger womöglich zum Hartz-IV-Fall zu werden oder als Frührentner mit hohen Abschlägen vom Altersgeld in den Ruhestand gehen zu müssen, ist weit verbreitet.» Die Rente mit 67 dürfe jedoch auf keinen Fall rückgängig gemacht werden. Einer der Gründe: «Die Lebenserwartung steigt und steigt – und damit auch die Zeit, in der die Menschen ihre Renten beziehen können. 1970 waren dies im Durchschnitt elf Jahre, heute sind es gut 18.» Es werde jedoch am Arbeitsmarkt entschieden, «ob die neue Regelaltersgrenze nicht für viele zur verkappten Rentenkürzung wird». Zwar arbeiteten immer mehr ältere Arbeitnehmer, jedoch: «Mit steigendem Alter sinkt der Anteil derjenigen, die noch erwerbstätig sind. Verglichen mit anderen Nationen, wie der Schweiz oder den skandinavischen Ländern, sind in Deutschland gerade die mehr als 60-Jährigen noch eher wenig erwerbstätig.» Die Politik müsse einiges tun, um beispielsweise denjenigen, die nicht länger arbeiten können, zu helfen, auch den gering Qualifizierten, die wegen ihres Arbeitslebens nur eine geringe Rente zu erwarten haben. Der Text schließt: Denen drohe «dann erst recht die Altersarmut. Aber auch sie haben in einer sozialen Marktwirtschaft das Recht, in Würde zu altern».

Der Kurzkomentar **«Die CSU als Linkspartei» (30.12.2011)** beschäftigt sich kritisch mit der Forderung der CSU, eine Pflicht-Rentenversicherung für Selbständige einzuführen, um in diesen Schichten Altersarmut zu vermeiden. Der CSU wird nachgesagt, sie versuche damit, «rechtzeitig vor der nächsten Wahl sozialer als die Linkspartei rüberzukommen ...». Das sei zwar ein Problem, aber eines für die Selbständigen selbst und nicht für den Staat in einer sozialen Marktwirtschaft: «Er muss helfen, wo und solange Menschen in Not sind, er darf aber nicht jedes Lebensrisiko abfedern; er kann es gar nicht.» Es sei vielmehr so, dass «der mündige Wirtschaftsbürger» sich selbst um seine Geschäfte und seine Absicherung kümmere. SPD, Linke und manche Grüne trauten dem Menschen wenig und dem Staat viel zu. «Ordnungspolitiker sehen es umgekehrt. Auch die CSU hat die Wahl. Sie kann entscheiden, in welches Lager sie gehören will.»

In einem Text mit der Überschrift **«Frag, was Du tun kannst» (21.12.2011)** und der Unterzeile «Reiche Bürger müssen sich an der Euro-Rettung beteiligen» wird das Problem der EU behandelt, bei Ländern in anderen Regionen der Welt vergeblich Kapital für die Euro-Zone einzusammeln. Zum Schluss mündet der Kommentar in der Erkenntnis: «Es ist höchste Zeit, dass sich Europa darauf besinnt, dass es selbst reiche Länder und so richtig vermögende Menschen hat.» Diese potenziellen reichen heimischen Anleger sollten sich nach John F. Kennedy fragen, was sie für ihr Land tun könnten. Diese Überlegung wird jedoch in keiner Weise präzisiert und behält ihren sehr allgemeinen appellativen Charakter.

In dem Text **«Neues Regierungswunder» (10.11.2011)** wird skizziert, wie gut Deutschland auch dank der Beschlüsse der Regierung durch die Finanzmarkt-Krise 2008/09 gekommen sei. Jetzt drohe eine neue Krise und die Kassen seien leer. In diesem Zusammenhang wird am Rande die Forderung erhoben: «Außerdem sollte die Regierung die Entlastung hoher Einkommen zum Beispiel durch die Abgeltungssteuer zurücknehmen: Wer große Kapitalgewinne hat, kann mehr für die Gemeinschaft tun. Die meisten Arbeitnehmer haben mit stagnierenden Realeinkommen schon einen großen Beitrag geleistet.»

Der Leitartikel **«Der falsche Weg» (29.9.2011)** beschäftigt sich mit der «Wunderwaffe» Finanztransaktionssteuer, auf der so viele Hoffnungen sich konzentrierten: Spekulanten zähmen, Staatsschulden verringern, Banken stabilisieren, mehr Gerechtigkeit schaffen. Der Autor plädiert für eine strikte Überwachung der Banken und deren Haftung für ihre Geschäfte und lehnt die Steuer ab, da die Gegenargumente «schwerer» wiegen als die Argumente dafür, wie beispielsweise dem, die Banken in Anbetracht der Krisenkosten «in irgendeiner Form zur Kasse zu bitten». Auf die Aspekte Armut/Reichtum und Gerechtigkeit geht er abgesehen von der Eingangsbemerkung nicht ein.

In dem Leitartikel **«Eine alte Krawatte» (10.9.2011)** wird über die neuen Steuerpläne der SPD geurteilt, sie seien «von gestern». Es sei besser, die Subventionen abzubauen. Die Vorstellungen der SPD werden so skizziert: «Nach dem Willen der SPD sollen die Steuern für Reiche und Spitzenverdiener steigen. So habe der Staat auch ohne neue Kredite genug Geld, um seine umfangreichen Wohltaten unter dem weniger gut bemittelten Volk zu verteilen.» Die SPD verlasse den allgemein in Anbetracht der Globalisierung getroffenen common sense, dass «die Steuern und Abgaben so niedrig wie möglich» sein sollten. Der Autor lehnt Maßnahmen wie eine höhere Abgeltungssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer nicht rundweg ab, es sieht jedoch mehr Nachteile als Vorteile. Die Aspekte Gerechtigkeit und Reichtum/Armut spielen in seinem Text gar keine Rolle.

Der Leitartikel **«Das Renten-Reförmchen» (9.9.2011)** beschäftigt sich auch mit dem Thema Mindestrente und Altersarmut. Der Text beginnt mit einem Plädoyer für die gesetzliche Rente, denn dieses System habe mit seiner Unabhängigkeit von den Finanzmärkten gezeigt, wie vorteilhaft es sei. Aber es bedürfe einiger Reformen: «Noch geht es der großen Mehrheit der Rentner gut. Schon in zehn bis 15 Jahren droht aber Millionen, in die Armut abzurutschen. Das liegt vor allem am Boom der Billig-Jobs.» Das Problem wird präziser so beschrieben: «Geringverdiener, Arbeitslose und viele Solo-Selbständige steuern auf die Mini-Rente zu, auch weil das Rentenniveau ohnehin sinkt.» Es bedürfe jedoch mehr als der Zuschuss-Rente, die wegen der damit verbundenen Bedingungen nur wenigen helfe und die der Steuerzahler zu finanzieren habe. Lob verdiene jedoch die Ministerin: «Sie hält an dem Prinzip fest, das zur Legitimation der Rentenversicherung maßgeblich beiträgt: Ein- und Auszahlungen hängen in der Rentenkasse zusammen. Wer lange einzahlt und wenig herausbekommt, soll Hilfe erhalten. Wer dies nicht getan hat, geht leer aus.» Dagegen seien die Rufe der Opposition nach einer Mindestrente nur schwer zu finanzieren. Wenn wegen teurer Mehr-Ausgaben die Beiträge steigen, sei «auf Dauer» der Generationen-Vertrag gefährdet. Man könne sich jedoch in anderen Ländern die Modelle von (steuerfinanzierten) Grundrenten anschauen. Entscheidend sei jedoch: «Nötig sind mehr sozialversicherungspflichtige, ordentlich bezahlte Vollzeitjobs, weil sie der beste Schutz gegen Armut im Alter sind. Ein gesetzlicher Mindestlohn könnte dabei helfen.»

Das Beispiel: «Wer 45 Jahre 8,50 Euro brutto die Stunde verdient, käme auf eine Rente von 722 Euro. Das liegt in vielen Fällen über der staatlichen Grundsicherung, die sich zwischen 580 und 740 Euro bewegt.» Das Problem seien eben die Gering-Verdiener, von denen etwa die Hälfte auch keinen Riester-Vertrag hätten; dieser sei mit seinen Kosten zudem auch ungleich teurer als andere Lösungen wie in Schweden. «Auch darauf fehlt bislang eine Antwort der Politik.»

Der Leitartikel **«Vom Kopf auf die Füße» (1.8.2011)** setzt sich mit der laufenden Steuerdebatte auseinander. Die These: In Anbetracht der sehr hohen Staatsschulden und der ungerechten Belastung der «leistungsstarke(n) Mittelschicht» müsse das Hauptgewicht auf Sparen und Subventionsabbau liegen. Die Mittelschichten müssten steuerlich entlastet werden. Dafür dürften jedoch die «Vielverdiener» nur in einem sehr geringen Umfang herangezogen werden, schwächten doch höhere Steuern die Leistungsbereitschaft oder «treibt die Steuerzahler in die Schwarzarbeit oder ins Ausland – in legale und oft auch illegale Formen der Steuerveranlagung». «Der Zugriff des deutschen Staates» sei bereits heute «leistungshemmend». Wer also mehr Wachstum schaffen wolle, der müsse «tendenziell die Steuerbelastung senken, nicht erhöhen». Auch in diesem Text werden keine Zusammenhänge zu den Themenbereichen Leistungsgerechtigkeit, Armut/Reichtum und Gerechtigkeit hergestellt. Ebenso wird die Wirkungsfrage nicht gestellt: Ab wann sind Steuern leistungsfördernd und ab wann leistungshemmend?

In dem Text **«Koalitionsspitzen und Spitzensteuern» (29.7.2011)** wird der CSU-Abgeordnete Norbert Barthle gelobt, weil er in der Union bei der Debatte über eine Verbesserung der Haushaltslage ein «Tabu» gebrochen habe: «Er schlägt vor, Spitzenverdiener etwas stärker zur Kasse zu bitten und zugleich den Steuertarif zu strecken» Das habe zwei Vorteile: Bürger mit mittlerem Einkommen würden nicht so sehr belastet, «und sie würden vom Finanzamt nicht mehr in die Nähe des Spitzensteuersatzes gerückt». Und: «Dem bei vielen Menschen verbreiteten Gefühl, dass der Staat sie als Reiche behandelt, obwohl sie nicht reich sind, könnte so entgegengewirkt werden».

Der Kurzkomentar **«Mini ja, aber anständig» (29.4.2011)** plädiert für eine Neuordnung der Minijobs, da es heute zu oft Missbrauch zu Lasten der Arbeitnehmer und der Sozialkassen gebe. Es heiße: «Sozial ist, was Arbeit schafft.» Es sei jedoch eine Diskussion über diese Neuordnung notwendig, nach dem Motto: «Sozial ist, was bessere Arbeit schafft.»

Der Leitartikel **«Eine arme Politik» (10.2.2011)** beklagt in Verbindung mit einem entsprechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vor einem Jahr die Versäumnisse der Politik gegenüber den Armen. Eine Bewertung: «Wichtiger als das Gelingen der Hartz-IV-Reform sind den Parteien die Schuldzuweisungen bei deren Misslingen.» Die Politik habe «versagt» bei der Umsetzung dieses Urteils. «Ein großes Urteil wurde durch elende Taktiererei zerrieben.» Das Gericht habe «der Politik die Grundpflicht auferlegt, das Grundrecht auf ein Existenzminimum mit Leben zu füllen». Lange sei gar nichts geschehen. «Die Richter hatten dem Gesetzgeber die fehlende Ernsthaftigkeit im Umgang mit der Armut austreiben wollen. Ein Jahr nach dem Urteil ist festzustellen: Es ist noch schlimmer geworden. Es wäre die gerechte Strafe für die Politik, wenn nun Karlsruhe sie Mores lehren würde – und auf den Vorlagebeschluss eines Sozialgerichts hin der Politik im Detail die Regeln vorschriebe.» Und: «Die Parteien müssen jetzt endlich das zeigen, was sie sich auch von Hartz-IV-Empfängern erwarten: Flexibilität, Kreativität und Mobilität.»

In dem Text **«36 Euro» (22.1.2011)** geht es um das Instrument der Steuererleichterungen für die Mittelschichten, «dort, wo man nicht wirklich arm, aber auch nicht reich ist». In einem kurzen Absatz des Textes spielt das uns interessierende Thema eine Rolle und wird argumentiert: «Steuersenkungen sind out, chic ist es dagegen, Erhöhungen für <die Reichen> zu fordern.» Aus Gründen «der ausgleichenden Gerechtigkeit» könne man das tun, jedoch bringe dies keine nennenswerten Einnahmen, es verunsichere «und ein Motivationsschub für den gar nicht betroffenen Durchschnittsverdiener sähe anders aus». Die Wirkung eines höheren Spitzensteuersatzes wird wegen der Effekte der Steuerprogression für die Mittelschichten als belastend und damit negativ dargestellt.

Der Leitartikel **«Agenda 2020» (29.10.2010)** beschäftigt sich vor allem mit dem Thema der Massenarbeitslosigkeit, der «Geißel des Kapitalismus», die «unbesiegbar zu sein» schien. Nun aber sinke die Zahl der Arbeitslosen sogar «unter die Marke von drei Millionen». Vollbeschäftigung heiße nicht, jeder habe eine Arbeit: «Ökonomen definieren Vollbeschäftigung als eine Quote zwischen zwei und vier Prozent.» Dieses Ziel sei noch weit entfernt. Jedoch: «Die unpopulären Arbeitsmarktreformen der früheren rot-grünen Regierung wirken.» Eine moderate Lohnpolitik, Möglichkeiten der Kurzarbeit würden ebenfalls helfen, beispielsweise um «Unternehmen international wettbewerbsfähiger» zu machen. Jedoch: Die verdeckte Arbeitslosigkeit sei hoch, etwa eine Million Menschen würden zwar von der Bundesagentur registriert, aber «offiziell nicht mitgezählt». Es gebe noch weitere «rechnerische Tricks». Es sei «ein Riesenerfolg, dass sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen halbiert hat». Jedoch: «Aber mehr als zwei Millionen der knapp drei Millionen Arbeitslosen sind erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger, deren Zukunft oft düster aussieht: Selbst wenn sich das deutsche Wachstumswunder fortsetzen würde, profitieren davon nur wenige.»

Der Leitartikler fordert: «Nötig wären deshalb eine Bildungsoffensive, mehr Ganztagschulen, eine Kindergartenpflicht, mehr Deutschunterricht, Anreize, die einfache Jobs attraktiver als den Bezug von Hartz IV machen – und mehr Arbeitsvermittler in den Jobcentern, die wirklich Zeit für individuelle Betreuung haben. Doch der Bundesregierung fehlt ein Konzept, eine Agenda 2020, wie sie diesen Menschen helfen und dem drohenden Fachkräftemangel trotzen will.» Zudem gebe es auf dem Arbeitsmarkt «ein Süd-Nord- und ein West-Ost-Gefälle». Der Schluss: «Vollbeschäftigung ist möglich, doch für viele Menschen wird sie vorerst ein schöner Traum bleiben.»

Der Leitartikel **«Das dürre Hartz-Häppchen» (28.9.2010)** beschäftigt sich mit den Umständen bei der Neuregelung der Hartz-IV-Sätze. Die Regierung habe so lange gerechnet, «bis die Zahlen zu der Haushaltslage passen». So laute der Vorwurf der Opposition. Es gebe jedoch keine Beweise. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Es werde über die Höhe politisch entschieden oder «man schaut strikt auf die Zahlen des Statistischen Bundesamtes und analysiert, was Menschen mit kleinem Einkommen ausgeben können, um das

Existenzminimum zu bestimmen. Den ersten Weg zu begehen, wäre politischer Selbstmord.» Denn das sei zu teuer und zudem willkürlich. Und die Regierung würde so den Anreiz verstärken, «Hartz-IV-Bezieher zu bleiben». Denn wie solle einer Friseurin, einem Wachmann oder Pförtner erklärt werden, «dass sich Arbeiten noch lohnt, wenn diese mit einem Vollzeitjob kaum mehr verdienen als ein Hartz-IV-Empfänger, alle anderen Sozialleistungen mit eingerechnet?» Es sei deshalb richtig gewesen, «sich an den statistischen Zahlen zu orientieren». Trotzdem müssten sich «Union und FDP den Vorwurf gefallen lassen, auf peinliche Art kleinlich mit den Armen dieses Landes umgegangen zu sein. Die Koalition hat den Hartz-IV-Empfängern Alkohol und Tabak im Wert von etwa 19 Euro gestrichen, um ihnen dann drei Euro für Mineralwasser wiederzugeben». Die Bewertung: «Die Bundesregierung hat den Graben zwischen Arm und Reich vergrößert. Diese Koalition bedient Hoteliers, schont Vermögende beim Sparpaket, fördert die Atomindustrie, lehnt einen bundesweiten Mindestlohn ab, aber hebt ausgerechnet bei Langzeitarbeitslosen den moralischen Zeigefinger und streicht ihnen die Genussmittel, die in diesem Land zum Leben dazugehören.» Hartz IV sei für den Übergang gedacht gewesen, bis zur neuen Stelle: «Es ist der Geburtsfehler dieser größten deutschen Sozialreform, dass dies nie richtig funktioniert hat.» Da zudem zu wenig für die Betreuung von Kindern getan werde, werde Armut «hierzulande vererbt». Das Bildungspaket der Arbeitsministerin sei «ein Fortschritt». Es reiche jedoch nicht aus: «Wenn die Hartz-Gesellschaft in Deutschland kleiner werden soll, müssen Bund und Länder die Milliarden aus der Familienpolitik besser anlegen.»

Der Kurzkomentar **«Der sozial schwache Staat» (25.9.2010)** beschäftigt sich mit den Folgen des Verfassungsgerichts-Urteil und auch grundsätzlich mit dem Status der Hartz-IV-Empfänger. Die Empfänger würden oft als «sozial schwach» bezeichnet. «Die Bezeichnung ist in dieser Pauschalität eine Beleidigung. Jemand, der keine Arbeit hat, aber eine will und partout keine kriegt und der deshalb jeden Euro dreimal umdrehen muss, der ist arm, aber nicht sozial schwach. Sozial schwach ist freilich ein Staat, der nicht alles tut, um die Menschen aus der Armut herauszuholen. Und sozial schwach ist ein Staat, der den Hilfebedürftigen nicht die Hilfe gibt, die sie brauchen.» Es habe geheißt, die Kanzlerin habe die Vorgabe gemacht, die Sätze möglichst gering zu erhöhen. «... eine solche Vorgabe wäre verfassungswidrig.» Das Gericht habe «zwar keine bestimmte Höhe der Beträge vorgeschrieben, aber eine objektive, detailliert nachvollziehbare Berechnung».

Der Leitartikel **«Die unvollendete Reform» (30.8.2010)** beschäftigt sich mit den Hartz IV-Reformen. Sie schürten bis heute die Emotionen: «Die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Bundesrepublik ist bis heute kein allgemein akzeptierter Grundpfeiler des Sozialsystems.» Nun müsse die Bundesregierung aufgrund eines Verfassungsgerichts-Urteils «nachbessern». Das sei «heikel und kompliziert» Für die einen sei Hartz IV eine Demütigung und ein Armuts-Programm, für die anderen Voraussetzung des deutschen «Jobwunder». Der Autor: «Das Paradoxe daran ist: Alle haben ein bisschen recht.» Die meisten Hartz-IV-Empfänger seien «arbeitswillig» und suchten einen Job, den es jedoch oft nicht gebe: wg. des Alters, der Qualifikation, der Arbeitszeiten für eine alleinerziehende Mutter. «Das ist der Geburtsfehler von Hartz IV: Das Fördern funktioniert nicht richtig. Fast jeder zweite Hilfsbedürftige ist ein Dauerkunde der Jobcenter. Wer unten ist, bleibt oft unten.» Jedoch habe sich auch «eine Minderheit in der Grundsicherung bequem gemacht», wenn es auch nicht Millionen seien. Denn das System stecke «voller Fehlanreize. Bislang lohnt es sich für Langzeitarbeitslose kaum, einen gering bezahlten Job mit möglichst vielen Wochenstunden anzunehmen, weil dann vom Arbeitslosengeld II weniger übrig bleibt. Hartz IV mit einem Mini-Job und womöglich Schwarzarbeit zu kombinieren, ist attraktiver. Hinzu kommt: Das Lohnabstandsgebot stimmt nicht, weil es für Langzeitarbeitslose meist nur schlecht bezahlte Jobs gibt. Ein Mensch, der arbeitet, soll mehr Geld zur Verfügung haben als jemand, der nichts tun kann, weil er arbeitslos ist. Gerade Alleinverdiener in einer Familie mit mehreren Kindern fragen sich allerdings, ob sie wirklich 40 Stunden in der Woche hart arbeiten sollen, wenn sie als «Hartzler» danach das Gleiche oder nur geringfügig mehr haben.

Und auch das sollte man nicht schönreden: Hartz-IV-Familien können mit der Zahl ihrer Kinder ihr Einkommen steuern und staatliche Leistungen beziehen, selbst wenn sie ihre Kinder nicht pünktlich in die Schule schicken.» Die Arbeitsministerin wolle «Alleinerziehende, schlecht qualifizierte junge Menschen und die Älteren ohne Job stärker fördern. Das ist gut so. Es bleibt

aber das Geheimnis der Ministerin, wie sie dies schaffen will, wenn sie gleichzeitig sparen muss» Die Hartz-Sätze dürften jedoch nicht wesentlich erhöht werden, wie es beispielsweise die Sozialverbände auf 420 Euro verlangten: «Die Folgen für den Arbeitsmarkt wären verheerend, weil dies die Arbeitsmoral der Geringverdiener untergräbt. Für sie wäre es ein Signal, dass Nichtstun genauso gut ist wie Arbeiten.»

In dem Text **«Vom Haben und Geben» (7.8.2010)** wird anlässlich einer Initiative von 40 US-Milliardären, Teile ihres Vermögens wohltätigen Zwecken zu spenden, ausführlich die Unterschiede in der deutschen und amerikanischen Gesellschaft in Sachen Wohltätigkeit, Engagement, Rolle und Ansehen des Staates skizziert. Man dürfe es sich nicht «zu einfach» machen und sagen, die Reichen sollten mehr für die Allgemeinheit zahlen. Das müsse jeder tun, «der einen gewissen Lebensstandard pflegt». Und wer bei der Steuer trickse, möge bitte nicht auf die Reichen zeigen, «obwohl jene zweifellos mehr Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen sollten». Viele von ihnen – Michael Otto und die SAP-Gründer werden genannt – würden dem auch gerecht, es fiel ihnen leichter zu spenden oder Stiftungen zu gründen, «brächte man ihnen mehr Respekt für ihre Lebensleistung entgegen».

Der Kurzkomentar **«Schröders Zumutungen» (17.7.2010)** kritisiert, dass ausgerechnet Hartz-IV-Familien das Elterngeld gestrichen wird und Geringverdiener Abschläge beim Elterngeld hinnehmen müssen. «Die Ministerin vergisst, dass die reiche Bundesrepublik ein dramatisches Problem hat: Kinderarmut.» Seit Jahren werde daran nichts besser. Mit den geplanten Streichungen erhöhe sich die Zahl der von Armut bedrohten Kinder. «Wenn gleichzeitig Familien mit höchsten Einkommen verschont werden, ist das obszön.»

In dem Text **«Der Flop» (12.6.2010)** wird ein Sanierungspaket für die Bundesregierung skizziert. Ein Land, «das so über seine Verhältnisse lebt wie Deutschland, erst recht durch die krisenbedingten Konjunktur- und Rettungspakete», müsse sich «bescheiden». Die Sozialausgaben müssten gekürzt werden, auf das Niveau von 2000 etwa; das Land versänke dann doch nicht «im Elend». Subventionen müssten verringert werden. «Denkbar» wäre auch «eine höhere Erbschaftssteuer» und ein «höherer Spitzensteuersatz». Letzterer müsse jedoch «dringend befristet» werden, denn das Steuerniveau in Deutschland sei «sicher nicht zu niedrig». Die Mittel, die von diesen Reichen entrichtet würden, müssten den Mittelschichten zugute kommen.

Der Kurzkomentar **«Verschlucktes Kindergeld» (9.4.2010)** kritisiert, dass die Karlsruher Verfassungsrichter die Regelung bestätigt hätten, dass die jüngsten Kindergeld-Erhöhungen nicht für Hartz-IV-Familien gelten. «Denn das Hartz-IV-Sozialgeld für Kinder verschluckt das Kindergeld wie die Fledermaus den Schmetterling – eben war er noch hübsch anzuschauen, schon nährt er das weniger schmutzige Tier.» Das sei «nicht ganz einfach zu begreifen», sei dieses Gericht doch der Meinung, dass es gerade Kindern in diesen Familien an Förderung mangle – «weil ihnen sonst der Ausschluss von Lebenschancen drohe». Der Karlsruher Beschluss werfe «ein Schlaglicht auf eine Schiefelage, die mit dazu beiträgt, prekäre Milieus zu zementieren». Auch habe das Gericht bei seinem Hartz IV-Urteil «auf einen Zwang zur Anhebung der Leistungen für Kinder ... verzichtet, obwohl es sie erkennbar für zu niedrig hielt».

Der Text **«Schneeschaufeln für Deutschland» (23.2.2010)** beschäftigt sich mit dem Sozialrecht, einem Karlsruher Urteil zu Hartz IV und der Berechtigung und dem Umfang von Strafandrohungen für arbeitsunwillige Hartz-IV-Empfänger. Die FDP befördere diese Debatte, die Kanzlerin zeige indirekt, dass sie davon nichts halte: «Viele Armutsberichte haben ihr die Augen geöffnet; das Gerede vom süßen Leben der relativ Armen war ungut, falsch und verleumderisch.»

Der Text **«Der Unfug mit der Arbeitspflicht» (2.2.2010)** geht auf Vorhaltungen gegen Hartz-IV-Empfänger ein und verweist auf eine Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit: «Die Missbrauchsquote liegt offiziell bei unter zwei Prozent.» Jedoch: «Tatsächlich dürften es deutlich mehr sein.» Die Gründe lägen «nicht zuletzt an der lukrativen Schwarzarbeit, die für die Kontrolleure oft keine Spuren hinterlässt». Trotzdem wäre es «unfair, alle Hartz-IV-Empfänger zu diskriminieren und als Faulenzer zu beschimpfen. Die große Mehrheit sucht

verzweifelt einen Job » Sein Schluss: «Es ist deshalb reiner Populismus, eine Arbeitspflicht für Arbeitslose zu fordern.»

In dem Kurzkomentar **«Arme Bilanz» (21.12.2009)** wird eine Bilanz nach fünf Jahren Hartz IV gezogen. Sie fällt vernichtend aus: Es gebe zahllose Gerichtsverfahren. Die Hälfte der Klagen vor allem vor den Sozialgerichten sei erfolgreich. Mit Hartz IV habe sich die Armut vermehrt, da dieses Gesetz «die Struktur der Arbeitsverhältnisse» so ändere, dass die Löhne ständig sinken und prekäre Verhältnisse zunehmen. Das komme einer «Degradierung von Arbeit» gleich. Es sei eine «unselige Großreform». Die SPD müsse endlich «deren ewige Anbetung» beenden und «umfassende Korrekturen vorschlagen».

In dem Text **«Das falsche Instrument» (23.7.2009)** wird die Forderung unterstützt, dass «die Reichen», die von der wirtschaftlichen Entwicklung überdurchschnittlich profitiert hätten, nun auch einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten sollten. Jedoch: Welches Instrument sei das richtige? Vermögenssteuer und Grundsteuer seien die falschen Instrumente, denn in einem Fall würden die Fleißigen bestraft und in beiden Fällen würde die Substanz von vorhandenem Vermögen aufgezehrt. Der Schluss: «Viel sinnvoller wäre eine deutlich höhere Erbschaftssteuer: Sie träfe nicht den, der das Vermögen mit eigener Hände Arbeit geschaffen hat, sondern die, denen der Reichtum buchstäblich in den Schoß fällt.» Und: «Zudem könnte der Einkommenssteuerspitzensatz auf 50 Prozent angehoben werden. Voraussetzung wäre, dass dieser Satz nur wirklich hohe Einkommen trifft und nicht – wie heute – auch Durchschnittsverdiener.»

In dem Text **«Grüner Kaperungsversuch» (7.3.2009)** wird am Rande erwähnt, dass die Grünen sich nun «stellenweise als Linkspartei light präsentieren: Spitzensteuersatz hoch, Erbschaftssteuer hoch, Vermögensabgabe. Taktisch bestimmt total raffiniert. Wenn man's noch verstünde».

Ein Text über **«Steinbrücks Fehlschluss» (30.12.2008)**, der sich mit den Folgen der Abgeltungssteuer beschäftigt, erwähnt am Rande diesen Aspekt: «Und zweitens wird die Spaltung in Reich und Arm zunehmen, wenn nicht endlich mehr Deutsche an den Gewinnen der Unternehmen beteiligt werden. Aktien sind dafür das Instrument der Wahl.»

In dem Text **«Das Publikum wendet sich ab» (13.12.2008)** macht der Autor am Rande auf die Folgen der Krise für die Allgemeinheit aufmerksam: Die vielen Milliarden für die Bankenrettung fehlten für die öffentliche Infrastruktur und belasteten zudem die jüngeren Generationen in Form überhöhter Staatsschulden. Und: «Generell findet in der Krise eine große Umverteilung statt.» Finanzmarkt-Akteure hätten bisher viel Geld verdient. Die Lasten der Krise bezahlten nun die Steuerzahler. «Diese Ungerechtigkeit zu mildern und die Lasten langfristig besser zu verteilen, wäre eine wichtige Aufgabe. Die Politiker werden sie jedoch nur angehen, wenn sie unter dem Druck der Öffentlichkeit stehen.»

Der Text **«Vor dem nächsten Streit» (6.12.2008)** ist ein klares Plädoyer für die Beibehaltung der Erbschaftssteuer: In der Bundesregierung habe es ja Kräfte gegeben, die sie abschaffen wollten. Das wäre in einer Gesellschaft «ein fatales Signal» gewesen, «in der die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, in der den Banken die Milliarden angeblich hinterhergeworfen werden, während für vieles andere kein Geld da ist ... » Da dem Erbenden Vermögen «in den Schoß» falle, «für dessen Aufbau er zumeist keinen Finger rühren musste», gebe es doch keinen Grund, «diesen Wohlstandszuwachs nicht zu besteuern».

In dem Kommentar **«Steuergeschenk für Betuchte» (5.11.2008)** wird gegen die hohen Freibeträge bei der geplanten Erbschaftssteuerreform vor allem aus Gründen der Gerechtigkeit plädiert. «Wer nicht will, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet, sollte die Erbschaftssteuer auf Immobilien erhöhen, nicht senken.»

In dem Text **«Herr Ackermann, bitte zahlen» (14.10.2008)** werden sehr konkret die Kosten der Banken-Rettung aufgelistet und anhand sehr konkreter Zahlen – Boni und Gehälter der führenden Bank-Manager – ein «Soli» der Banker gefordert.

Der Kurzkomentar **«Wer viel verdient, zahlt auch viel» (26.8.2008)** beschäftigt sich mit den Steuerlasten der Wohlhabenden und Reichen. Der Beitrag geht von der Überlegung aus: «Es sieht auf den ersten Blick aus wie ein Skandal: Gerade mal ein Viertel aller Steuerzahler kommen für 80 Prozent der Einkommensteuer auf.» Differenziert betrachtet sei es jedoch wie folgt: «So verdienen jene zehn Millionen Bundesbürger, die keine Steuern zahlen, auch so gut wie nichts. Nicht viel mehr zu holen ist auch bei jener Hälfte der Deutschen, die weniger als 23 000 Euro verdienen. Anders sieht es am oberen Ende der Einkommenskala aus: Die zehntausend Einkommensmillionäre verdienen im Schnitt 2,7 Millionen Euro und zahlen darauf fast eine Million Euro Steuern.» Folge: Am unteren und oberen Ende sei das Steuerrecht gar nicht so ungerecht. Jedoch würden im mittleren Bereich viele Bürger «über Gebühr belastet ... , weil die Steuersätze bei mittleren Einkommen schnell steil ansteigen. Das eigentliche Problem in Deutschland ist aber nicht das Steuersystem, sondern die ungerechte Einkommensverteilung». Der Autor beachtet jedoch nicht die Tatsache, dass nach seinen eigenen Angaben die Einkommensmillionäre bestenfalls gut 30 Prozent Steuern bezahlen. Zudem ist das Bild nicht vollständig, da die Vermögenslage nicht berücksichtigt wird.

In dem Text **«Sommertheatralisch» (19.7.2008)** wird die Frage behandelt, welche Probleme die Politik behandeln muss. Am Rande wird der Aspekt erwähnt: «Wer die öffentliche Debatte verfolgt, könnte den Eindruck gewinnen, es gäbe nur das Problem der Absicherung der Schwachen. Das ist in der Tat eine wichtige Aufgabe – die aber immer vor dem Hintergrund des bereits erreichten Niveaus und der Möglichkeiten des Landes gesehen werden muss.» Das Problem, dass die Mittelschicht «systematisch geschröpft» werde, scheint dem Autor wichtiger zu sein.

Der Text **«Armutsbereicht als Wahlkampfauftakt» (26.6.2008)** beginnt mit den Sätzen: «Reiche haben in Deutschland mindestens 3418 Euro netto im Monat. Armen bleibt weniger als 781 Euro.» Das seien die Zahlen aus dem «Armutsbereicht der Bundesregierung». Alle benutzten diese Zahlen als Wahlkampfmateriale, um der jeweiligen Partei gemäßige Forderungen zu stellen: Mindestlöhne, kostenloses Schulessen, mehr Kindergeld. Das sei eine «Wünsch-euch-was-Politik». Wichtiger sei es, «wirklich drängende Fragen» zu behandeln: Wer finanziert den Sozialstaat? Wie gut ist das Steuersystem im internationalen Vergleich? «Fallen wirklich immer mehr Menschen durch das Auffangnetz?»

In dem Leitartikel **«Steuerkonzept ohne Steuern» (26.5.2008)** wird die Überlegung gestärkt, dass gerade Gering- und Durchschnittsverdiener stark von den relativ hohen Sozialbeiträgen belastet sind. Diese Abzüge seien teilweise so hoch, dass zwischen Lohn und Hartz-IV-Bezug kaum noch ein Unterschied sei, weshalb die Motivation zur Arbeit wegzufallen drohe. Der Plan der SPD, diese Sozialbeiträge abzusenken, sei deshalb richtig. Das notwendige Geld dafür unter anderem via einer Reichensteuer und einer Vermögenssteuer zu beschaffen, das sei «eine schlechte Antwort». Diese Steuern seien mit der Agenda 2010 doch verringert bzw. abgeschafft worden, um in der Welt der Globalisierung mithalten zu können. «Das ist gelungen. Es besteht kein Grund dafür, das Rad wieder zurückzudrehen.»

4.2 Ziele: Gleichheit der Chancen/gleiche Lebensbedingungen

In **«Reichtum verpflichtet» (18.9.2012)** wird unter anderem an die Pflichten erinnert, die sich aus Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes ergeben: «Dieser Artikel ist auch kein sozialistischer Restposten. Er ist das vergessene Fundament des deutschen Sozialstaates.» Diese Pflicht wird nicht ernst genug genommen: «Dieser Artikel ist der knappste und schärfste Kommentar zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.» Der Gesetzgeber und die Reichen müssten etwas tun. «Die Ungleichheit <darf ein gewisses Maß nicht überschreiten, sonst geht sie über in Unfreiheit>, sagt der Rechtsdenker und frühere Verfassungsrichter Böckenförde. Er hat 1995, als Karlsruhe die damalige Art der Erhebung der Vermögenssteuer als verfassungswidrig einstufte, in sein Minderheitenvotum den Satz geschrieben, dass die Sicherung unbegrenzter Eigentumsakkumulation nicht Inhalt der Eigentumsgarantie sei. Es wird Zeit zu kapiere, wie wahr dieser Satz ist – und dann die Folgen daraus zu ziehen. Zu den Vorzügen des Reichtums gehört, dass man damit viel gegen die Armut tun kann.»

Anlässlich der Veröffentlichung einer neuen Vermögensstudie des DIW wird in dem Text **«Kampf gegen die Kluft» (19.1.2010)** argumentiert, es bedürfe mehr Bildung, um «die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden». Denn mit Bildung könnten «die Aufstiegschancen der sozial Schwachen» verbessert werden.

Der Leitartikel **«Neid und Ausgleich» (10.11.2009)** beschäftigt sich mit den Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland. Die These: Auch den armen Regionen im Westen müsse geholfen werden, jedoch ohne Neid zu wecken. In Ostdeutschland sei der wesentliche Infrastruktur-Bedarf befriedigt. Zwei Ziele seien jedoch noch nicht erreicht. Die Wirtschaft sollte auf eigenen Füßen stehen. Das sei noch nicht der Fall. Und: «Eine Angleichung der Lebensverhältnisse ist in weite Ferne gerückt. Und dies gilt, obwohl gerade der Osten Deutschlands in den neunziger Jahren eine Wohlstandsexplosion erlebt hat, obwohl es, auch dies ein historisch ziemlich einmaliger Fall, nach der Revolution allen, selbst den Verlierern, materiell besser ging als zuvor.» Es müsse «neu ausgehandelt werden, was Ausgleich heute heißen kann, was unter vergleichbaren Lebensbedingungen verstanden werden soll».

Mit Verweis auf eine weltweite Studie, wonach eine Mehrheit der Menschen sich einen gemäßigteren Kapitalismus wünschen, unter anderem wegen der höchst ungleichen Verteilung von Reichtum und Wohlstand, plädiert der Kommentar **«Macht statt Allmacht» (10.11.2009)** für einen starken Staat, der die Märkte regulieren könne und für «eine wirklich soziale Marktwirtschaft».

In dem Kommentar **«Gängige Praxis am Bau» (20.5.2009)** wird anlässlich einer Anklage gegen Hochtief-Manager wegen Lohndumpings von öffentlichen Auftraggebern verlangt, sie sollten an Unternehmen mit solchen Praktiken keine Aufträge erteilen und allgemein Unternehmen bevorzugen, die Gesetze und Vorschriften einhalten.